

ihrer Verzahntheit, mit ihrer Kompliziertheit. Wenn wir nicht bereit sind, sie anzunehmen, werden wir auch der Wahrheit immer nur ein viel zu geringes Stück näherkommen.

Gesprächspartner Karl Wilhelm Fricke: Danke, Dr. Modrow. Es ist sicherlich so, wie Sie sagen. Es gab auch den Mut von Robert Havemann, das muß man auch einmal sehen. Den hätte man sich natürlich, wie ich meine, auch in der SED gewünscht. (Beifall)

Ich darf nunmehr die Führung der Diskussion an Rainer Eppelmann zurückgeben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Bisher 15 Mitglieder der Enquete-Kommission möchten Fragen an die Zeitzeugen stellen. Wie abgesprochen, gebe ich Herrn Fricke und Herrn Schwarz die Möglichkeit, jederzeit mit einzusteigen. Der erste: Markus Meckel.

Abg. Meckel (SPD): Ich habe mehrere, aber sehr kurze Fragen in bezug auf Aussagen von Herrn Uschner, der sagte: Außenpolitische Fragen, das heißt, was in Ungarn oder in der Sowjetunion innenpolitisch passierte, wurden bei uns nicht diskutiert. Ich habe die Frage an Herrn Schirdewan: Wie wurden die Ereignisse 1956 in Ungarn im Politbüro reflektiert?

Die zweite Frage betrifft die Kommunikation nach Moskau. Herr Modrow hat jetzt schon einiges dazu gesagt. Wie lief für das Politbüro, das heißt für die wirklichen Entscheidungsträger, die Kommunikation nach Moskau? Über die Botschaft, über Direktkontakte? Wer waren hier die Kommunikationsträger?

Dritte Frage: Wie war die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ministerien? Herr Uschner sagte in bezug auf das Außenministerium: Wir bekamen das Material „Zur Lage“, machten daraus eine Vorlage, und dann ging sie mit den entsprechenden Anweisungen zurück. War das der übliche Weg bei allen Ministerien, oder gab es da Unterschiede?

Letzte Frage: Herr Schürer, ich hörte als Nebenbemerkung: Aus der Sowjetunion bekamen wir den Rohstoff, machten hier die Industriewaren, und die gingen zu einem großen Teil dorthin zurück. Wie waren die Einflüsse in bezug auf die Entscheidungsstrukturen der Industrieproduktion aus Moskau in den letzten 20 Jahren?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Als erstes bitte die Antwort von Herrn Uschner und dann drei Antworten von Herrn Schirdewan.

Dr. Manfred Uschner: Die Praxis in der Außenpolitischen Kommission war nicht typisch. Es war aber so, daß dieser Riesenapparat, dem Sie, Herr Meckel, auch einmal eine Zeitlang vorstehen durften, natürlich eine Fülle von Länder- und Sektoreninformationen brachte und daß nach Arbeitsplan alle Länderbereiche einmal durchgegangen wurden, möglichst jene, die den heiklen Problemen der Situation in der Sowjetunion nicht nahe kamen. Das hat man der Abteilung Internationale Verbindungen überlassen, die sich

dann in Abstimmung mit der Grundsatzabteilung des Außenministeriums auf einem Mittelweg bewegte. Wir haben auch vor jedem Parteitag eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem Außenministerium gehabt und – das kann ich wirklich beschwören – im kleinen Kreis Analysen gemacht, die auch in der westlichen Welt Bestand gehabt hätten. Sie fanden sich nur nicht wieder, nachdem wir sie abgegeben hatten, nachdem sie von Axen begrüßt wurden, sondern es kamen dann die zehn Punkte der Strategie von Mittag, der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, wir blieben weg, und es wurde weiter gewurstelt. In unserem Gremium waren das MfS, die militärische Abwehr, alle internationalen Bereiche dieses Landes vertreten.

Ich habe vielleicht die Frage vorhin nicht genau beantwortet: Es gab über die Nomenklatur natürlich eine systematische Kontrolle in allen Bereichen. Es gab die Politbüro nomenklatur, da mußte einmal im Jahr berichtet werden, wie sich der Betreffende verhält, ob Minister oder ZK-Mitglied; es gab die Sekretariatsnomenklatur usw. Und das betraf auch das Feld der Außenpolitik.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke. Herr Schirdewan, bitte.

Karl Schirdewan: Die Ereignisse in Ungarn haben natürlich eine äußerst beunruhigende Situation bei uns herbeigeführt, daran besteht kein Zweifel. Das erste war, daß man zunächst bei uns unterscheiden mußte in der Einschätzung der ungarischen Situation, daß es eine Differenz gab zwischen Ulbricht und mir und einigen wenigen Politbüromitgliedern, weil Ulbricht, natürlich zutiefst erschrocken, jedes Jahr wieder an den 17. Juni dachte und voller Ängste war, daß das Ganze sich weiterentwickeln würde. Wir waren der Meinung, daß das nicht der Fall sein wird, sondern daß nach dem 17. Juni 1953 eine tiefe Erfahrung in dem Volk der DDR war, daß so etwas zu nichts führen kann. Ich nenne nur den Ausnahmezustand, der in der DDR eine Zeitlang existiert hat. Das ist eine wesentliche Frage gewesen.

Ich war etwa drei Wochen vorher mit einer Delegation zum Freundschaftsbesuch in Ungarn, es ging um dringende Wirtschaftsprobleme. Wir flogen morgens hin und am Abend zurück. Kádár war damals schon da. Das Wichtigste war, daß Kádár zunächst bemüht war, eine Änderung der Politik von Rakosi herbeizuführen, was mich veranlaßte, im Jahre 1956 in der Auseinandersetzung mit Ulbricht zu sagen: „Ich möchte nicht, daß er den Weg von Rakosi geht.“

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Die letzte Frage ging an Herrn Schürer.

Dr. Gerhard Schürer: Der Warenumsatz zwischen der DDR und der UdSSR war mindestens fünfmal so groß wie der zwischen der DDR und der BRD. Der Kunde bestimmt die Produktionsstruktur, der Kunde bestimmt die Grundlinien seiner Abnahmebereitschaft für die Güter, die er im Austausch für Rohstoffe bezieht. Wir waren daran interessiert, möglichst hochveredelte Produkte zu liefern, um das Material, das kontingentiert war und über lange Entfernungen herangeschafft werden mußte, als Export veredelt zurückzuschicken. Wir

waren aber auch gezwungen, auf Wünsche einzugehen, die uns nicht in die Struktur paßten, wie die Entwicklung des gesamten Chemieanlagenbaus. Das war damals erforderlich geworden, als die UdSSR in Tjumen (Sibirien) das große Erdölgebiet erschlossen hat, das dann mehr als die Hälfte der Gesamtproduktion lieferte. Plötzlich nahm die Chemie in der UdSSR einen Riesenaufschwung, und wir wurden zum Hauptlieferanten von Technik. Wir haben aber auch 1.000 Reisezugwagen, 1.300 Kühlwaggons jährlich sowie Supertrawler – fast 70 Prozent des Schiffbauexports gingen in die UdSSR – zur Bezahlung der Rohstoffe geliefert. Insofern hatte die UdSSR einen großen Einfluß.

Die Entwicklung der Mikroelektronik – weil dieses Stichwort vorhin fiel – war nicht auf Druck der UdSSR in der DDR entstanden. Die UdSSR hatte eine eigene Entwicklung, die auch gegenüber dem Weltstand zurücklag. Man muß sehen, daß die technische Forschung auf dem Gebiet der Rüstung in der UdSSR dem Weltstand entsprach, aber zwischen der Rüstung und der zivilen Anwendung war ein Abstand von zehn bis zwölf Jahren.

Wir haben also in die UdSSR sehr viel geliefert an Maschinenbauerzeugnissen, an schwerer Technik, aber auch – und da konnten wir nie genug liefern – Konsumgüter aller Art: Textilien, Möbel, alle Arten von Konsumgütern außer Lebensmittel.

(Abg. Meckel (SPD): Es war noch die Frage, über wen die Kommunikation nach Moskau lief!)

– Ich könnte dazu nur sagen, daß die Kommunikation mit Moskau auf vielen, vielen Wegen lief, bei weitem nicht nur über die Botschaften. Wir hatten ohnehin in allen unseren Organen und Dienststellen Berater auf allen Gebieten, auch Verteidigung und Sicherheit. Das Oberkommando des Warschauer Vertrages hatte seinen Vertreter hier in Berlin; die Staatssicherheit hatte Vertreter des KGB hier in Berlin. Natürlich gab es hier direkte Verbindungen und Informationen. Es gab auch Verbindungen über die Botschaften und auch solche, die die Parteiführung nicht kannte, die nach der Wende bekannt geworden sind. Ich weiß nicht, ob es stimmt, aber Werner Krolikowski sagte, er habe schon ab 1980 ständig die sowjetische Seite über Ereignisse, wichtige Dinge in der DDR informiert. Wenn es denn stimmt, ist das auch eine Quelle der Information gewesen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Nächster Frager ist Herr Prof. Schroeder.

Sv. Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder: Ich habe auch eine Frage an Herrn Schürer. Herr Schürer hat als eines der wenigen Beispiele für einen Konflikt zwischen dem Politbüro und Erich Honecker ausgerechnet den Besuch Erich Honeckers in Bonn angeführt. Sie sagten, das sei ein Alleingang gewesen, das Politbüro sei dagegen gewesen.

(Vorsitzender Rainer Eppelmann: Nein, der Russe!)

– Aber das Politbüro auch, wenn ich es richtig verstanden habe.

Dr. Gerhard Schürer: Das haben Sie sicher falsch verstanden. Ich habe gesagt, daß die sowjetische Seite nicht einverstanden war mit dem Termin des Besuchs von Honecker in Bonn. Nicht das Politbüro; das Politbüro hat diesem Beschluß zugestimmt, hat die gesamte Vorbereitungsarbeit vorgelegt bekommen und war voll informiert.

Sv. Prof. Dr. Friedrich-Christian Schroeder: Dann hat sich die Frage erledigt! Danke!

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Prof. Soell, bitte.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Schirdewan. Sie hatten zahlreiche Auseinandersetzungen mit Ulbricht. Sie sind im Juli 1953 ins Politbüro gekommen, auch auf Grund der Ereignisse am 17. Juni, und hatten auch, wie Sie geschildert haben, Verbindungen mit der sowjetischen Seite. Was hat denn Ulbricht so lange an der Macht gehalten, daß seine Ablösung 1970/71 praktisch noch so große Schwierigkeiten machte, wie die Dokumente, die wir inzwischen kennen, aussagen? Fast ein Jahr, von Juli 1970 bis Mai 1971, hat dieser Prozeß gedauert. Was war denn das Interesse der Sowjetunion an Ulbricht? War er der Garant, der die Stabilität der DDR als Schlußstein in ihrem strategischen Vorfeld sicherte, oder waren es alte Beziehungen?

Herr Uschner, Sie sagten, Gespräche über sozialistische Länder, insbesondere auch die Sowjetunion, in der Internationalen Kommission des ZK seien tabu gewesen. Wie wurde denn die Frage Polen behandelt – das ist eine Frage, die sich auch an die Mitglieder des Politbüros richtet – 1980/81, als es zumindest Äußerungen von Honecker und anderen gab, die praktisch auf die Vorbereitung eines Angriffskrieges, natürlich gemeinschaftlich mit der Sowjetunion, hinausliefen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Zunächst Herr Schirdewan, bitte.

Karl Schirdewan: Ulbricht hatte natürlich unterschiedliche Bedingungen. Er war nicht beliebt bei Chruschtschow, aber natürlich angenehmer für Breschnew. Dadurch konnte er sich weiter stabilisieren. Später war es so, daß man sich gesagt hat, der Mann wird alt werden. Zu einem Parteitag, ich weiß nicht mehr genau, welcher es war – Erich Honecker hatte auch teilgenommen und ist dann in eine Stadt gefahren, in der er einmal gearbeitet hatte –, gab es die Absprache, daß es nun endgültig mit Ulbricht vorbei ist und Honecker kommt. Honecker ist von Ulbricht gepflegt worden, obwohl er weder den Verstand noch die Kultur hatte, eine solche Partei zu führen. Das ist auch von verschiedener Seite bestätigt worden. Er hat auch keine Entwicklung durchgemacht als Jugendsekretär. Das hat auch Grotewohl aufgeschrieben, und ich war der gleichen Meinung. Aber Ulbricht brauchte Honecker als

den Nachfolger, als den Garanten für das dogmatische Verhalten und für den ultralinken Kurs. Der Radikalismus, den es in unserer Politik, nicht nur vor 1933, gegeben hat, als die Komintern noch existierte, sondern vor allem auch, als die Macht in die Hände der KPD und dann der SED fiel, ist eines der entscheidendsten Probleme, das aufgearbeitet werden muß: wie es zustande gekommen ist, wie sich die Spaltung KPD – USPD – SPD entwickelt hat und wie wieder das Zusammenkommen war von USPD und Spartakusbund bzw. KPD, wie tief also der Abgrund zwischen der Sozialdemokratie und diesen äußerst linken Kräften geworden ist.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Uschner, bitte.

Dr. Manfred Uschner: Ich habe zweimal erlebt, daß es durchaus Vorlagen gab zur Lage der Sowjetunion und in den anderen sozialistischen Ländern, die aber unsere Kommission nicht verabschiedet verlassen haben. Das hing einmal damit zusammen, daß der Vorsitzende Hermann Axen ein alter Kommunist war und es einfach seiner Überzeugung widersprach, daß es keinen Kraftzuwachs mehr in der Sowjetunion gab, sondern erhebliche Mängel, vor allem im Produktivitätsvergleich mit anderen Ländern, daß die Totrüstungsstrategie des Westens funktionierte, daß der Lebensstandard sank, daß praktisch mit jeder Rakete auf dem Roten Platz der Lebensstandard der Sowjetbürger vorüberzog. Sobald wir diesen Punkt in der Analyse erreicht hatten – sie kam meist aus der Internationalen Abteilung –, wurde das zerlesen, zerredet und abgebrochen. Es waren auch Vertreter von Herrn Schürer da, wie Herr Grünheid, die exakte Zahlen auf dem Tisch hatten, wie man in welcher Branche in der Produktion wirklich stand. Das waren nicht die Zahlen des „Neuen Deutschland“.

Nach Gorbatschow gab es überhaupt keine Vorlagen mehr. Die Sowjetunion wurde so behandelt, wie etwa Honecker das eine Bild mit Gorbatschow im Flugzeug bei seiner Rückreise nach Chile behandelt hat. Das war einfach tabu.

Ich darf noch ergänzen: Die Verbindungen zur Sowjetunion waren natürlich zweiseitig. Es gab viele Verbindungen. Man kannte sich seit vielen Jahren auf allen Gebieten. Deshalb kann ich auch das von der „Sturzgeburt der Wende“ überhaupt nicht akzeptieren. Ich kann nur von der Ungläubigkeit vieler Oppositioneller, aber auch Gesprächspartner im Westen sprechen. Denn neue Dokumente belegen, daß spätestens nach einem Gespräch zwischen Genscher und Gorbatschow im Sommer 1986 bereits die Weichen gestellt wurden auf eine Einigung, natürlich noch mit SEW, DKP usw. Ich weiß, daß am letzten Tag des XI. Parteitages – das war 1986 – mir ein enger, persönlicher Mitarbeiter Gorbatschows gesagt hat: „Sobald die Raketen weg sind und es keine Möglichkeit und keinen Anlaß mehr gibt, im Herzen Europas Krieg zu führen, wird das Interesse der Sowjetunion an einer künstlichen Aufrechterhaltung der DDR nachlassen.“

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Die dritte Frage von Herrn Prof. Soell

ging entweder in die Richtung von Herrn Schürer oder von Herrn Modrow. Einer von Ihnen beiden war zu dieser Zeit nicht im Politbüro, wenn ich es richtig sehe. Also einer von Ihnen beiden, bitte.

Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Die Frage, ob innerhalb des Politbüros über Polen 1980/81 und über eine mögliche Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten diskutiert worden ist, geht natürlich an diejenigen, die – sei es als Kandidaten, sei es in anderer Verantwortung – an den Diskussionen teilgenommen haben.

Dr. Gerhard Schürer: Wenn ich ergänzen darf, auch zu der Frage Ulbricht-Ablösung: Ich habe miterlebt, daß Ulbricht in den letzten Jahren sehr großen Altersstarrsinn entwickelt und die gesamte Ökonomie im Lande in eine sehr schwierige Lage gebracht hat. Es war die Zeit, als er gefordert hat, Pläne aufzustellen mit zehn, zwölf Prozent Wachstumsraten, die völlig unreal waren. Es war eine Zeit, da er die Kybernetik, die Heuristik und alle möglichen Erkenntnisse in die Führungstätigkeit der Partei bringen wollte. Es war die Zeit, als Systeme entwickelt wurden, übrigens auch unter Mitwirkung großer Wissenschaftler wie Herr Prof. Dr. Dr. h. c. Thießen das in sich geschlossene System stoffumwandelnder Prozesse als große Erfindung der Chemie der DDR. Das alles gab es, und das alles ließ uns ganz dringend notwendig erscheinen, die Ablösung Ulbrichts zu dieser Zeit zu organisieren. Ich war glücklich, als er abgelöst wurde, obwohl ich ihm viele, viele Jahre gern gedient habe.

Aber der Mangel an innerparteilicher Demokratie machte jeden Kaderwechsel eines Generalsekretärs nicht nur in der DDR zu einer Katastrophe. Wie das alles organisiert wurde, wie man das hintenherum und vornherum durchbringen mußte, habe ich vielfach miterlebt, nicht nur in der DDR, bei Ulbricht und später auch wieder bei Honecker.

Von dem „Angriffskrieg gegen Polen“ habe ich in der Zeitung gelesen. Ich selbst habe nicht eine einzige Sitzung des Politbüros mitgemacht, wo auch nur etwas in die Nähe eines Angriffskrieges gegen Polen Gehendes Gegenstand der Diskussion war. Ich halte das für eine irgendwie hochgespielte Sache. Was es ist, weiß ich nicht. Ich habe es jedenfalls nicht miterlebt. Wir haben Polen immer als einen guten Nachbarn betrachtet und natürlich mit ihm Sorgen geteilt, wenn im Inneren des Staates Riesenschwierigkeiten entstanden waren, sich große politische Veränderungen ankündigten. Aber wir haben ebenso mitgebangt, als Gierek ein zweites Polen im Aufbau empfohlen hat, weil das völlig unrealistisch war, und wir haben diskutiert mit den Leuten in der polnischen Regierung und in der polnischen Führung. Aber ich habe nichts erlebt, was auch nur in die Nähe eines Angriffskrieges geht, den die DDR gegen Polen starten wollte.

(Abg. Prof. Dr. Soell (SPD): Sagen Sie „Einmarsch“ nach dem Muster von 1968 in der Tschechoslowakei!)

– Auch kein Einmarsch.

Dr. Hans Modrow, MdB: Hier möchte ich etwas kurz ergänzen. Ich stütze zunächst das, was Gerhard Schürer sagte, nach meiner Kenntnis. Es hat auf diesem Gebiet militärisch nichts gegeben. Ich halte das, was hier vorgelegt wird, nicht für exakt. Was es gegeben hat, ist ein politischer Versuch der Einmischung. Wir bekamen – das war abgestimmt innerhalb der Parteien – den Auftrag, über unsere Kontakte nach Polen so zu wirken, das Kania als damaliger Erster Sekretär abgewählt wird und ein Nachfolger kommt. Dort war zunächst Olszowski vorgesehen. Durch den Vorschlag von Poremski, der der 1. Sekretär in Wrocław war – mein Partner –, ist dann General Jaruzelski gewählt worden. Ich habe in Wrocław mit mehreren Mitgliedern und Kandidaten des ZK der PVAP dann Gespräche geführt, daß es an der Zeit sei, eine Änderung auf personellem Gebiet herbeizuführen.

Zur Diskussion im militärischen Bereich: Ich habe im November 1981, etwa drei Wochen bevor Jaruzelski verkündet hat, es gebe den Ausnahmezustand, mit Tadeusz Poremski, der dem Politbüro der PVAP angehörte, und mit meinem Partner aus Jelenia Gora diskutiert. In dieser Diskussion vertrat Jerzy Golis aus Jelenia Gora noch die Auffassung, die Lage in Polen könne sich so entwickeln, daß es zu einer Aufforderung komme, von außen militärische Unterstützung zu geben. Poremski hat mit aller Eindeutigkeit gesagt – und er kannte die Situation im Politbüro –: „Es ist unsere Verantwortung, die Verantwortung von Polen, die Lage in Polen, unter welchen Bedingungen auch immer, so zu beherrschen, daß es zu keinerlei Einmarsch kommt, denn das wäre für Europa im Prinzip die Auslösung eines militärischen Konflikts.“

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Prof. Wilke, bitte.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Modrow hat auf die Situation 1981 abgehoben, zur Diskussion steht aber die im November 1980. Nach dem Protokoll des Politbüros haben Sie, Herr Schürer, als Kandidat, und auch Herr Schabowski an der außerordentlichen Politbürositzung in Strausberg teilgenommen, wo das Politbüro nachträglich einen Brief von Honecker an Breschnew bestätigt hat, der den Konsultationsmechanismus nach Prager Muster von 1968 in Gang setzte und worin Formulierungen sind, daß das sozialistische Polen stirbt, und es wird die Lenin-Formel vom Aufstand von 1917 paraphrasiert: „Gestern war es noch zu früh, heute ist es rechtzeitig, übermorgen könnte es zu spät sein; und wir glauben nicht, daß die Polen das noch in den Griff kriegen.“

Am 5. Dezember 1980 findet dann die Generalsekretärssitzung in Moskau statt. Auf dieser Sitzung hat das Politbüro – dabei waren wiederum Sie, Herr Schürer, nach dem Protokoll anwesend – erstens beschlossen, daß diese Tagung stattfinden soll; zweitens ist der Redewurf von Honecker, wo vom Blutvergießen als Ultima ratio für die Verteidigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht die Rede ist, bestätigt worden; und drittens ist die Delegation festgelegt worden – wir können sie ruhig einmal nennen –: Honecker,

Stoph, Axen, Mielke, Hoffmann; als Sekretär wird Eberlein festgesetzt. Es wird sowohl am 28. November als auch am 2. Dezember beschlossen, daß Honecker Generalvollmacht bekommt, alle Maßnahmen durchzuführen, die der Warschauer Pakt für notwendig hält. Auf dieser Sitzung hat Kania, ein Jahr bevor das Kriegerrecht exekutiert wird, das Kriegerrecht als Lösung angeboten.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wenn ich es richtig mitbekommen habe, geht das in Ihre Richtung, Herr Schürer.

Dr. Gerhard Schürer: Ich beziehe mich auf meinen Punkt eins. Wenn es etwas gibt, was mich belastet, dann soll das auf den Tisch gebracht werden, dann werde ich mich dazu äußern. Mir ist das, was Sie sagen, nicht bekannt. Wenn das, was Sie sagen, wahr wäre, würde ich zu meiner Verantwortung stehen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Lehne, bitte.

Abg. Lehne (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, ich habe eine im Grunde ganz banale Frage, die mich schon brennend interessiert, an Herrn Schabowski, und zwar Bezug nehmend auf die Rolle der politischen Führung im Politbüro. Wußten die Mitglieder des Politbüros eigentlich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre von den Realitäten im Lande, von der schlechten Stimmung an der Basis, von den wirtschaftlichen Verhältnissen? Bekamen sie Informationen darüber aus dem Bereich der Staatssicherheit geliefert? Oder glaubten sie das, was sie selber in der „Aktuellen Kamera“, im „Neuen Deutschland“ oder in anderen Medienerzeugnissen verbreiteten? Wenn ersteres galt, dann ist meine Frage die: Ist darüber im Politbüro gesprochen worden, und warum sind dann keine Konsequenzen daraus gezogen worden?

Günter Schabowski: Ich habe immer gesagt, wenn ich in dieser Richtung befragt wurde, daß die Führung der SED, also das Politbüro – das ZK kann man mit einbeziehen – nicht an einem Realitätsverlust gelitten hat, sondern daß etwas anderes wirksam war: Die Realitätsverdrängung ist zu einer ausgefeilten Technik entwickelt worden. Mir steht es nicht zu, hier irgendwelche wertenden Bemerkungen zu machen. Aber die Debatte, die zeitweilig stattgefunden hat, hat für mich die Töne, wie man durch frühere, klügere oder rechtzeitige Maßnahmen das hätte verhindern können, was dann 1989 entstanden ist. Darin unterscheide ich mich von einigen meiner Partner hier, ich bin ganz anderer Auffassung. Ich bin nicht etwa der Auffassung, daß die Periode Ulbrichts eine bessere oder eine wirksamere Periode gewesen sei als die nachfolgende Periode. Darüber könnte man extra stundenlang reden. Ich halte das für eine unzutreffende Bewertung der Entwicklung der DDR.

Ihre Frage kann man nicht beantworten und dabei mit Verständnis bei dem Fragesteller rechnen, wenn nicht klar ist, daß diese SED eine Partei war, wie jede kommunistische Partei, die nach 1917 im Schisma mit der Sozialdemokratie entstanden ist, die der Auffassung war: Alles, was

bisher versucht worden ist an sozialer Veränderung, war Lug und Trug; die Sozialdemokraten waren Feiglinge, weil sie vor dem Letzten zurückgeschreckt sind; wir wagen es, gewissermaßen voraussetzungslos, durch den Sturz dieser etablierten Verhältnisse etwas Neues auf die Beine zu stellen, natürlich mit all den Risiken, die damit verbunden sind. Deswegen war die SED eine Partei, die nie – daß jemand darunter ist, der so gelebt hat, mag sein, aber generell würde ich es so sagen – gelebt hat mit einer Mehrheitsstützung. Wir konnten ein solches Wagnis nur versuchen ohne Rücksicht darauf, ob wir eine Mehrheit haben. Wenn ich auf eine Mehrheit warte, muß ich den sozialdemokratischen Weg gehen, und den haben wir verachtet.

Mit dem Moment der Realitätsverdrängung, das heißt der Verdrängung, daß gegen uns ein großer Teil der Bevölkerung, vielleicht die Mehrheit war, lebten wir also fortwährend.

Dafür hatten wir auch Rechtfertigungen: Wir waren eben die einzigen, die wußten, wohin der Marsch geht; wir wußten sozusagen, wie diese Gesellschaft zu erlösen ist. Ich bringe also hier einmal den Begriff der Gnostik mit hinein. Es ist eine Diesseits-Religion gewesen. Sie hat es auch möglich gemacht, daß man mit solchen Schwierigkeiten leben konnte. Daß viele nicht einverstanden waren, wußten wir. Aber wir haben auch noch andere Momente gehabt zur Selbstrechtfertigung. Wir hatten Anerkenntnis aus dem Ausland. Die DDR konnte sich besser vorkommen als die Sowjetunion oder als die Tschechen und die Polen, denn dort sah es schlimmer aus. Aus all solchen Dingen bezogen wir immer wieder neue Rechtfertigungen dafür, daß es unter diesen Umständen der Teilung der Welt, auch der militärischen Teilung, gar nicht anders sein konnte, als daß wir einen schwierigen Weg gehen. Und wenn die Bevölkerung das heute nicht begriff, würde sie es morgen begreifen.

Diese Zwangsverordnung von Glück war es, die uns immer gesteuert hat. Sie hat auch politische Entscheidungen bis zum letzten mitbestimmt, selbst wenn wir hier so darüber diskutieren, als ob das zu vergleichen wäre mit einer politischen Entscheidung, die sich in irgendeiner anderen Regierung abgespielt hätte. Das war immer der Hintergrund. Das erklärt überhaupt, wieso es dazu kommen konnte. Sonst wäre es in der Tat eine Horde von Verblödeten und Verrückten gewesen. Es war eine Truppe von Verblendeten. So ist die Sache gewesen. Ich sage das aus tiefster innerer Überzeugung. Hier gibt es persönliche Erklärungen. Ich verzichte darauf, eine persönliche Erklärung abzugeben. Meine persönlichen Erklärungen sind längst zutage gekommen.

Wenn es um Risiken geht, dann war es in der letzten Phase das größte Risiko, diesen lebenden Buddha abzuservieren. Hier ist die Rede davon gewesen, daß es unmöglich war, einen Generalsekretär anzutasten. In dieser Zeit hätte es zur blutigen Katastrophe geführt, siehe Dresden, siehe den Wahnsinn, der bis dahin schon möglich war. Dieser Mann mußte also weg. Dazu hatten sich drei Mann entschlossen; sie mußten eine träge Masse im Politbüro bewegen,

die ebenfalls das Zittern bekommen hatte und nicht sicher war, wohin der Hase läuft, ob diese Schnösel, die sozusagen keine Beziehung zu der großen revolutionären Sache hatten, die Richtigen wären. Aber aus Angst vor der Entwicklung draußen haben sie sich dann schieben lassen in diese Richtung. Aber selbst die, die das wagten, zeigten diesen ersten großen Bruch, der in einem kommunistischen Gehirn vor sich geht, wenn man den Generalsekretär antastet: diese öffentliche Schmach, diese Partei zersetzt sich, die schrecken nicht einmal davor zurück!

Aber was sollten wir denn tun? Da löst sich die Sowjetunion auf; die DDR soll weiter existieren; wir sind angewiesen auf die Bundesrepublik; wir müssen also nach Lösungen suchen, damit wir noch gesprächsfähig bleiben, akzeptabel bleiben – so war die Situation. Das geschieht in einer ungeheuren Kraftanstrengung bei der Verdrängung der Dogmen. Aber diese Dogmen sind immer viel stärker gewesen als die Realität. Die haben wir gesehen und haben gesagt, das muß man ändern.

Mittag hat es folgendermaßen gemacht: Er hat zwei Tage Planproduktion mehr im Jahr befohlen. Dann haben sich die anderen umgedreht und gesucht, wo die zwei Plantage sind, die sie nicht gefunden haben. Dann ging es irgendwie weiter mitten im Jahr. Beispielsweise hieß es am Jahresanfang: Berliner Plan, 400 Millionen Mark sind nicht gedeckt. Die Minister saßen dabei. Der Chef der Plankommission saß dabei und sagte: „Ich bin doch nicht derjenige, der in die Betriebe geht und sagt, ihr müßt aus nichts 400 Millionen machen. Erzählt mal, wo das herkommen soll: Was ist mit den Zuführungen?“ Was wurde geantwortet? Ich sage das jetzt nicht, um jemandem einen Vorwurf zu machen, sie waren in derselben Klemme. „Wir arbeiten an dem Problem.“ Dann wurde ein hoher Plan verabschiedet, und mitten im Jahr wurde der Plan wieder heruntersgesetzt, am Jahresende wurde über den heruntersetzten Plan berichtet, und dabei gab es dann eine Übererfüllung von zwei Prozent. So vollzogen sich die Dinge. So logen wir uns immer selbst in die Tasche.

Das führte dann zu dieser Überlegung: So geht es nicht mehr weiter, selbst wenn wir über den Schatten des Dogmas springen müssen. Davon waren zunächst drei überzeugt. Daß sich jeder Gedanken machte, war klar, aber irgendeiner mußte springen. Wer sprang? Modrow konnte keinen Marsch auf Berlin organisieren, um Honecker zu stürzen. Er mußte abwarten, daß der da oben abgesägt würde von den drei komischen Gestalten, die noch übriggeblieben waren.

Dann müssen Sie verstehen, daß wir uns auch selber nicht gekannt haben. Wir waren in einem Gremium, in einer Welt, in der sich alles nach Ritualen abspielte. Eine Abweichung von der Sprache war schon suspekt. Plötzlich standen wir auf dieser Ebene, und der Wind der politischen Realitäten umpfiff uns. Dabei stellte sich erst heraus, wer zu welchen Schritten imstande war. Den Sturz konnte man also auf diese Weise bewältigen. Aber als wir dann

zosusagen ohne Vater dastanden und die Leute plötzlich mit Forderungen kamen, es mußte reagiert werden, zeigte sich erst, wie weit einzelne, selbst die, die diesen Schritt gewagt hatten, noch unter dem Dogma standen und sich dann rückwärts orientierten, während andere bereit waren, nach vorne zu gehen.

Übrigens ist das der Grund, daß es heute auch zwischen den damals an dieser Sache Beteiligten keine gemeinsame Sprache mehr gibt. Die einen sind zurückgefallen. Sie trauern dem nach, daß sie Honecker heute nicht mehr akzeptiert, und möchten am liebsten sehen, daß sich noch eine versöhnende Geste bemerkbar macht. Andere profitieren davon, daß die Bevölkerung der ehemaligen DDR zu verstehende – weil das keine Reflektanten, sondern Menschen sind, die einfach leben, und sie leben heute auf einmal in einer ungeheuren Unsicherheit – unreflektierte nostalgische Empfindungen und Erinnerungen an die Zeiten der Sicherheit hat. Manche leben von dieser Nostalgie. Aber diese Sicherheiten waren nicht finanziert, ja, noch schlimmer, sie waren finanziert von denen, die wir als die verachtetsten Feinde betrachtet haben, nämlich über den Weg von Anleihen. So schauerlich ist das gewesen.

Wie konnte diese Führung damit leben? Als wir noch alle auf dem hohen Roß saßen, durchdrungen von dieser Ideologie, haben wir uns gesagt: „Das ist doch clever, wenn wir uns von der anderen Seite die Milliarden holen, die unsere sozialistische Physiognomie ausmachen, und wenn es einmal ganz scharf kommt, dann wird das sowieso ersatzlos gestrichen, denn daß wir uns denen unterwerfen, kommt überhaupt nicht in Frage.“ Das war, abgesehen von allen Einzelheiten, die Ideologie, die letztlich dahintersteckte, von einem Sendungsbewußtsein, das ich auch respektierte. Ich respektiere einen Mann wie Schirdewan, der ein Kämpfer für die Sache war. Ich kenne manche von den Alten. Aber das kann mich doch nicht davon abhalten oder sollte überhaupt niemanden davon abhalten, sich die Frage vorzulegen, die die Frage aller Fragen ist für Kommunisten: Wir hatten 40 Jahre Zeit, hatten die Macht. Warum rennen nach diesen 40 Jahren die Leute in Scharen von uns weg? Haßvoll treten sie die Funktionäre und die Mitglieder der Partei in den Hintern. Daran ist ja die Partei kaputtgegangen. Ihre Funktionäre hatten Angst vor ihren Nachbarn, vor ihren Kollegen im Betrieb und überall. Diese Partei ist weggebrochen. Man glaubte sie dadurch zu retten, daß man irgendwelche Figuren auswechselte. Das hat nichts genützt, sondern es war verwirtschaftet worden. Das ist der Punkt. Man muß sich die Frage stellen: Wenn wir mit einem solchen Anspruch angetreten sind und soviel Zeit hatten, wodurch ist es dann dazu gekommen, daß wir so gestrandet sind? Es muß doch niemand von uns sagen, er sei ein Verbrecher gewesen, von Ausnahmen vielleicht abgesehen. Diese Frage läßt sich nicht nur damit beantworten, daß irgendeine Sache 1980 im Politbüro entschieden worden ist.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Schabowski, lassen Sie uns einmal wieder zu Wort kommen.

Günter Schabowski: Ich bitte um Entschuldigung, aber das provoziert dieses Gremium.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Zwei Zwischenbemerkungen, eine von Herrn Fricke, die zweite von Herrn Thierse.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich wollte eigentlich nach dieser mich auch sehr beeindruckenden Diskussionseinlage nur fragen: War man tatsächlich so gläubig, daß man die Informationen, die einem zufließen, gute Informationen, nicht zur Kenntnis genommen hat, weil sie nicht ins eigene Weltbild paßten? Ich begreife das immer noch nicht, daß das Politbüro als Macht- und Entscheidungszentrum, das über die besten Informationen verfügte, dem also regelmäßig zum Beispiel von der ZAIG der Staatssicherheit Lageanalysen vorgelegt wurden, diese nicht zur Kenntnis nahm. Und wenn sie zur Kenntnis genommen wurden, wieso konnte es dann zu dieser „Realitätsverdrängung“, wie Sie sagen, kommen?

Abg. Thierse (SPD): Herr Schabowski, lassen Sie mich gleich noch eine Frage in dieselbe Richtung stellen. Gibt es nicht noch eine andere Erklärung? Ich denke, daß ideologische Verblendung der Hauptgrund ist. Aber mich interessiert noch die andere Seite: Wie war die Hierarchisierung durch Informationszuteilung, Informationszuweisung? Eine Frage auch an Sie, Herr Schürer, auf wirtschaftspolitischem Gebiet, und auch an Sie, Herr Modrow, Sie waren ja Chef der Bezirksleitung: Wie war dieses System? Wem wurde zuteilt? Wer konnte dann wo mitreden, wo mitentscheiden? Wer wurde ausgeschlossen? Wie wurden dann die Informationen vom MfS verwendet, verwertet? Wer hatte die Möglichkeit, Informationen vom MfS anzufordern und damit Herrschaftswissen zu gewinnen? Das ist doch die andere Seite.

Ich glaube, daß die „ideologische Verblendung“ nicht vollständig ausreichen wird, wirklich Entscheidungsabläufe zu erklären.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Zunächst Herr Schabowski, dann Herr Schürer.

Günter Schabowski: Es hat ein geregeltes System der Information gegeben, das so aussah, daß die Politbüromitglieder von Zeit zu Zeit Informationen der Staatssicherheit bekamen, die von Mielke unterschrieben waren. Sie informierten im wesentlichen oder fast ausschließlich über die Tätigkeit der oppositionellen Gruppen. Solche Dinge habe ich bekommen. Dadurch haben wir erfahren, daß Templin zur Gruppe für Menschenrechte gehört, daß sie eine Sache am Soundsovielten organisiert hat usw. Es waren Informationen, keine Tagesordnungspunkte. Diese Fragen wurden nie als Tagesordnung im Politbüro behandelt. Auch interessant, insofern darf ich noch einen Satz dazu sagen. Darüber ist nie gesprochen worden; ich kann es nur deuten, und so

wäre auch meine Einstellung gewesen: Es durfte nicht sein, daß über diese Opposition offiziell als Tagesordnungspunkt im Politbüro gesprochen wurde. Damit hätte sie eine Bedeutung erlangt, die wir ihr nie zugestanden hätten. Das waren verschwindend kleine Randgruppen, über die mußte man Bescheid wissen, aber das war Sache der dafür Zuständigen, also der Staatssicherheit. Daß wir also darüber informiert waren, war in Ordnung.

Eine zweite Art von Informationen bekam ich als 1. Sekretär der Bezirksleitung über Stimmungen in Berlin, über die Situation in Betrieben. Daraus erfuhr ich dann auch, daß offensichtlich in jedem Betrieb jemand saß, der fachkundig Berichte darüber schreiben konnte, warum eine bestimmte Art von Produktion nicht klappte. Dazu muß ich sagen, das war für mich nichts Aufregendes. Denn die Lage in Berlin kannte ich genau. Ich kannte die Lage in den Betrieben; ich bin ja in Betriebe gegangen, dort waren die Probleme. Das hat uns nicht sonderlich erregt, das haben wir beiseite gelegt.

Aber es war nie so, insofern komme ich wieder auf den Punkt, daß mich das existentiell beeindruckt hätte, noch bis Ende 1988, obwohl ich einen Kleinkrieg führte in den Betrieben, um den Leuten bei der Planerfüllung zu helfen, die dann zu mir kamen. Wir haben herumgewirtschaftet; dann habe ich die Minister angerufen, bis ich merkte, daß der Minister aus lauter Schieß vor einem Politbüromitglied in eine Kiste grapschte, die für andere gedacht war, und sie nach Berlin schickte. Dann rief jemand aus Dresden an und fragte: „Was hast du da gemacht; jetzt sind uns die Zulieferungen weggekommen!“ Das waren die Denkanstöße, dazu brauchte ich nicht die Stasi-Informationen. Dazu hatte ich genügend Informationen.

Das Problem bestand darin, daß wir nicht weltfremd waren, daß wir wußten, was sich abgespielt hat, und daß wir dennoch in diesem Training waren, immer gegen eine Bevölkerung zu leben und zu arbeiten, die schwankend war, mal etwas mehr, mal etwas weniger oppositionell zu uns eingestellt war.

Die beste Zeit – da war auch der Zuspruch für Honecker – war die Zeit seines Amtsantritts als Generalsekretär bis kurz nach Mitte der siebziger Jahre. Da hatte die SED das erstmal einen wirklichen Popularitätszuwachs.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Schabowski, lassen wir Herrn Schürer noch einmal auf die Frage antworten.

Günter Schabowski: Aber in gewisser Weise sind das die Dinge, die dazugehören.

Dr. Gerhard Schürer: Auf einen Mangel an Informationen kann sich überhaupt keiner berufen, der wie wir an der Spitze der Führung war. Wir haben so viele Informationen gehabt, daß keiner sagen soll: Ich habe es nicht gewußt.

Das zweite ist, welche Informationen man überhaupt verarbeiten konnte. Da nimmt man sich natürlich vorrangig die sachbezogenen Informationen, die

das eigene Gebiet betreffen, um sie zu studieren. Zum Beispiel kenne ich die Berichte des Ministeriums für Staatssicherheit über die wirtschaftliche Lage ganz genau, die habe ich alle bekommen und alle gelesen; dagegen habe ich andere, die andere betrafen, nicht gelesen.

Das dritte ist, welches Erinnerungsvermögen man heute hat. Man kann tatsächlich nicht alles, was in den 40 Jahren an Beschlüssen gefaßt wurde und in den Akten ist, im Kopf haben. Deswegen bin ich der Meinung, wenn es Dokumente gibt, muß man sich mit den Dokumenten beschäftigen. Ich bin den Wissenschaftlern sehr dankbar, daß sie mir die Dokumente bringen und dann mit mir das Problem durchgehen und fragen: Warum war das damals so? Wie kann man das einschätzen? Da gibt es eine exakte Dokumentation, z. B. über die Kontroverse Mittag – Schürer, über die ich vorhin einmal gesprochen habe. Das ist von der Freien Universität dokumentiert mit Originaldokumenten und entsprechenden Einschätzungen der Wissenschaftler. Meiner Ansicht nach ist das eine gute Form, an der Geschichtsaufarbeitung teilzunehmen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Nächster Kurzfrager: Dr. Mitter.

Sv. Dr. Armin Mitter: Ich habe eine ganz kurze Frage an Herrn Dr. Modrow. Sie bezieht sich auf Ihre Ausführungen zu Ihren Beziehungen zur sowjetischen Botschaft. Gehe ich richtig in der Annahme, daß man durchaus konspirativ mit der sowjetischen Botschaft arbeiten konnte, jenseits vom Politbüro, jenseits vom Generalsekretär? Sie sagten so etwas, daß man mit dem Wagen einfach vor der Hintertür vorgefahren ist. Ich kann mir das, ehrlich gesagt, nicht ganz vorstellen.

Die zweite Frage geht an Herrn Dr. Schürer. Wie stellt es sich in Ihrer Erinnerung dar: Welchen Stellenwert hat Ökonomie in den Politbürositzungen unter Ulbricht gehabt? Hat es sich in irgendeiner Weise verändert unter Honecker? Wie würden Sie den Einfluß von Wirtschaftsexperten, also kundigen Leuten, unter beiden Generalsekretären einschätzen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann. Zuerst Herr Dr. Modrow.

Dr. Hans Modrow, MdB: Ich weiß nicht, welche Vorstellungen Sie von der Tätigkeit der Diplomaten auch der Bundesrepublik Deutschland heute haben, ob die in den Ländern sitzen und schlafen oder ob sie Kontaktpersonen haben, mit denen sie reden, mit denen sie Begegnungen haben. Auf jeden Fall halte ich es für normal, daß in diesem Falle der Parteisekretär, mit dem ich außerdem befreundet war, sich natürlich dafür interessierte. Der Weg war so, daß wir uns, wenn ZK-Tagungen waren, abends in der Sauna getroffen haben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dr. Schürer, bitte.

Dr. Gerhard Schürer: Die Ökonomie war im Stellenwert in allen Politbüros, die ich kennengelernt habe, Nummer eins. Die ökonomischen Fragen waren in der Tat auch die entscheidenden Fragen der Entwicklung und übrigens auch des Untergangs der DDR. Die DDR ist nicht untergegangen, weil

irgendwo einmal Fehler gemacht worden sind, sondern weil sie ihr Grundziel, in der Arbeitsproduktivität größere Leistungen zu vollbringen als andere, als kapitalistische Staaten, nicht erreicht hat. Dieses Grundziel hat übrigens keines der sozialistischen Länder erreicht. Es ist zumindest meine Meinung, daß das ein entscheidender Punkt des Untergangs der DDR ist: der Rückstand in der Arbeitsproduktivität, der damals mit mindestens 40 Prozent gekennzeichnet wurde und vielleicht sogar noch höher war.

Die ökonomischen Fragen haben eine große Rolle gespielt, sowohl bei Wilhelm Pieck als auch bei Walter Ulbricht und auch bei Erich Honecker. Sie waren natürlich immer flankiert von vielen anderen Fragen. Eine große Zahl der Unterlagen im Politbüro betraf ideologische Fragen.

Der Einfluß der Wirtschaftsexperten auf die Führung war bei Ulbricht stärker als bei Honecker. Erich Honecker hatte zu sehr sein Schicksal an dem großen „Wirtschaftsexperten“ Mittag festgemacht. Entschuldigen Sie, der Westen hat seinen Beitrag dazu geleistet, indem er Mittag immer als den größten Wirtschaftler der DDR bezeichnet oder zur Kenntnis genommen hat. (Zuruf: Vielleicht war das Absicht! – Heiterkeit)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Es stehen noch elf Fragen auf der Liste. Ich gehe davon aus, daß die Liste damit geschlossen ist. Der nächste ist Dr. Faulenbach.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Die erste Frage an Herrn Modrow: Herr Modrow, teilen Sie die von Herrn Schabowski hier entwickelte Sicht, daß in dem Ursachenbündel, das zum Untergang der DDR geführt hat, eine Art ideologischer Verblendung den Kern bildete? Haben Sie nicht Ihrerseits die Vorstellung gehabt – vielleicht teilen Sie sie auch heute noch –, daß die DDR reformierbar war? War die DDR aus Ihrer Sicht reformierbar? Viele im Westen haben dies ja auch geglaubt. Unter welchen Bedingungen wäre sie wohl reformierbar gewesen?

Die zweite Frage, die ich an Herrn Uschner stellen möchte: Sie haben zum Teil abweichende Meinungen gehabt zur Parteilinie. Gab es in den achtziger Jahren für Sie Ebenen, auf denen Sie die Möglichkeit hatten, ihre abweichenden Positionen zu artikulieren? Können Sie einmal beschreiben, welche Potentiale und Möglichkeiten zur Formierung innerparteilicher Opposition in der SED realiter vorhanden waren? Ich würde damit gerne die stark planierenden Aussagen von Schabowski hinterfragen.

Dritte Frage, die ich noch einmal an Herrn Schürer stellen möchte, hinsichtlich des sowjetischen Einflusses: Herr Modrow hat den Eindruck erweckt, daß sich die DDR gewandelt hat von einem Satellitenstaat zu einem System, bei dem am Ende die Berufung auf die Sowjetunion in der innenpolitischen Auseinandersetzung der DDR nur noch schädlich war. Das glaube ich in dieser Pauschalität nicht. Man würde als Politikwissenschaftler die DDR als ein „penetriertes System“ definieren können, in das viele Dinge von

der sowjetischen Politik unmittelbar eingefiltert worden sind; dieses System war nur teilsouverän, es war im Grunde vom System der Sowjetunion durchdrungen. Da dies so war – wir haben eine Reihe von Beispielen, etwa die Absetzung der Generalsekretäre –, wurden manche Entscheidungen, „Kraftakte“, mit Hilfe von Moskau durchgesetzt. Das heißt, es wurde gleichsam „über die Bande gespielt.“ Damit stellt sich die Frage: Warum haben Sie und andere, vor allem diejenigen, die sich als oppositionell oder als innovativ verstanden haben, nicht den Versuch gemacht, in der Ära Gorbatschow „über die Bande“ zu spielen, um bestimmte Reformziele durchzusetzen? Es bleibt doch nach wie vor erklärungsbedürftig, warum die SED diese betonierte Position bis fast in die Schlußphase hinein beibehalten hat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine Bitte an die drei, die jetzt gefragt sind, diese abendfüllenden Fragen ein bißchen kürzer zu beantworten. Als erster Herr Modrow, bitte.

Dr. Hans Modrow, MdB: Erstens: Was Herr Schabowski von sich gibt, kann ich nicht unterstützen, ich kann es nicht teilen, wenn ich von der Seite ausgehe, daß ich meine Denkstrukturen der damaligen Zeit beschreibe, mit der Denkweise, die ich heute habe und heute hier anbiete. Wenn Sie hören wollen, was ich heute denke, ist das eine Sache. Wenn Sie wissen wollen, wie die Prozesse damals abgelaufen sind, dann hat Herr Schabowski sich damals nicht so verhalten und nicht so gedacht. Denn Herr Schabowski hat uns auch, wenn es um die Wirtschaft ging, genau wie er Herrn Mittag und andere zitiert, auf die Baustellen geholt und hat die Bezirke angemahnt, daß sie in Berlin ihre Aufgaben nicht erfüllen. Uns stand das Wasser über die Ohren. Und der gute Günter tut heute so, als wäre das nicht gewesen. Er hat genauso wie Herr Mittag auch darauf gedrungen, daß das aus den Bezirken nach Berlin kam. Dann soll er auch heute klarstellen: Das ist im Nachgang das, was ich nun meine, aber es war damals nicht so in meinem Verhalten.

Zweitens: Auch deshalb mein Widerspruch dazu: Ich habe seit 1985 mein Abonnement gehabt, entweder im Sekretariat des ZK oder im Politbüro mit Unfreundlichkeiten konfrontiert und dort heruntergeputzt zu werden, mit dem Höhepunkt im Februar 1989. Und Günter Schabowski ist mir nicht zur Seite getreten und hat nicht gesagt: „Der Bericht, den Modrow im Januar abgegeben hat, entspricht der Realität; nun wollen wir ihn, verdammt nochmal, zur Kenntnis nehmen!“ Nein, im Januar war ich mit meinem eigenen Bericht Mode und im Februar mit dem Bericht, den der Herr Mittag geschrieben hat, ohne daß im Politbüro jemand auch nur im geringsten dagegen gesprochen hat. Von Herrn Honecker ist mir klargemacht worden: „Wir sind dazu da, daß wir dem Volke dienen, und nicht, daß uns das Volk dient; und in deinem Kopf ist nicht klar genug, wie sehr du dem Volk dienen mußt, aber dem Politbüro ist es bewußt.“ Günter Schabowski hat dazu auch geschwiegen. Insofern, muß ich

Ihnen sagen, ist mir das heute alles zu vereinfacht. Mir geht es einfach darum zu unterscheiden, wie wir damals gedacht und gehandelt haben – und wie wir die Dinge heute betrachten –, sonst werden wir mit der Geschichte nicht zurechtkommen.

Das zweite hängt dann auch mit daran: Ich kann und will nicht leugnen, daß ich am 18. November 1989 mit der Regierung der Großen Koalition gearbeitet habe, also auch mit Mitgliedern von Parteien, die heute Parteien im Bundestag vertreten – ich sage nicht, die F.D.P. sei die Nachfolgepartei der Liberal-Demokratischen Partei, auch wenn sie von ihr mehr Mitglieder geerbt hat, als sie selbst hatte. Zusammen mit Herrn de Maizière, CDU, Herrn Gerlach von der LDPD, mit Herrn Hartmann von der NDPD, mit Herrn Maleuda von der DBD wollten wir eine reformierte DDR im Sinne der – wie wir meinten – Perestrojka und der Reformgedanken, die uns bewegt haben. Das war das Grundkonzept, mit dem ich angetreten bin. Das kann die Enquete-Kommission aus den Unterlagen der Volkskammer entnehmen.

Mir ist etwa im Januar klar geworden, daß das nicht mehr geht. Ich will das jetzt nicht ausdehnen, weil dafür die Zeit fehlt. Sofia, die letzte RGW-Konferenz, die inneren Probleme in der DDR, die Situation in der Sowjetunion, die in der Tschechoslowakei zeitversetzten Ereignisse, die im Dezember etwa unsere Lage hatte – drüber könnte ich vieles erzählen, denn ich habe dann meine Kollegen, ob Nemeth, Adamec, Mazowiecki und wie sie alle heißen, als Wegbegleiter gehabt. Wenn wir uns verabschiedet haben, haben wir immer gesagt: Wer von uns wird sich das nächstmal noch wiedersehen, und wo werden in den Ländern welche Veränderungen sein?

Dann hörte das auf. Mit meiner Erklärung vom 1. Februar „Deutschland, einig Vaterland“ habe ich mein eindeutiges Bekenntnis dargestellt.

Was das „Über-die-Bande-Spielen“ zur Sowjetunion betrifft, muß man nach meiner Überzeugung folgendes sagen: Ich habe die Protokolle der Beratungen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages mit Gorbatschow jeweils gelesen und nicht im Politbüro Debatten dazu erlebt. Es gibt nach meiner Erinnerung genau eine einzige Sitzung, in der Gorbatschow einen Versuch unternommen hat, das Problem der Perestrojka mit den Generalsekretären der anderen Parteien zu diskutieren, aber niemand hat es angenommen. Danach hat er auch solche Versuche in diesem Gremium nicht mehr unternommen. Er selber hat aber auch das „Über-die-Bande-Spielen“ nicht angenommen, das muß man auch mit aller Eindeutigkeit sagen. Er hat wohl – vergessen Sie das bitte nicht – den 40. Jahrestag der DDR noch mitgetragen. Auch wenn dieser berühmte Slogan von Gorbatschow kam, so war es doch für die DDR eine Tatsache, daß er als Ehrengast auf der Tribüne stand. Das war dann der Gegensatz, wo dann die jungen Menschen hier nicht „Honecker“, sondern „Gorbi“ riefen und der Fackelzug der FDJ eigentlich einer für die Perestrojka war. Aber ansonsten trug er es, das war Tatsache.

Ich selber bekam über meinen Freund Juri Filippowitsch Solowjow den Hinweis, ich möge mich in meinem ganzen politischen Verhalten so bewegen, daß ich nicht hinausgeworfen werde. Das waren die Grüße von Michail Sergejewitsch, denn es war klar, mit wem er über unsere Begegnungen sprach. Und ich wußte auch, wenn ich mit ihm sprach, weil von Informationseinflüssen die Rede war, wohin Informationen gingen. Das war auch ein Fakt.

Mit all diesen Dingen haben wir gelebt, aber „Über die Bande spielen“, daß dann sozusagen jemand mithalf, was Günter Schabowski sagte, das Knäuel von dreien zu stärken und zusammenzuführen, das hat es von draußen nicht gegeben. Was in Richtung Kania, nach Polen, gemacht wurde, ist bezüglich Änderungen in der DDR nach meiner Kenntnis aus der Sowjetunion nicht geschehen.

Dr. Manfred Uschner: Das, was Herr Schabowski „Realitätsverdrängung“ genannt hat, habe ich zum Teil als mangelnden Realitätssinn gesehen. Man wollte es nicht wissen. Manches wußte man gar nicht, hat es auch gar nicht geglaubt. Das hatte Folgen. Diejenigen, die anderer Meinung waren, wurden mit einem ausgeklügelten System ausgemacht, gerade durch die Parteiorganisation hier im Hause. Es gab eine Personalunion zwischen Kaderchef Fritz Müller, der auch die Nomenklatur zu betreuen hatte, und Parteisekretär Fritz Müller, verantwortlich für die Parteiorganisation hier im Hause. Wer also aufbegehrte, flog. Als ich flog, flogen mit mir in der Woche 40, denen – so die Kaderabteilung und Fritz Müller persönlich – „ideologisch die Knie weich geworden“ waren. Im Januar/Februar wurden 20.000 aus dem Parteiapparat der SED ausgesondert. Es ist bekannt, daß bis zum 9. November, an dem alle Politbüromitglieder in Wandlitz nach meiner Kenntnis schlafen gegangen waren, als eigentlich der Ernstfall war, 60.000 Mitglieder der SED aus der Partei entfernt oder gestrichen wurden.

Es gab Versuche, sich zu treffen, im Urlaub, im Freundeskreis. Ich habe das erstmal mit Hans Modrow bei einer Begegnung mit Egon Bahr und Familienangehörigen in Dresden über die Notwendigkeit von Veränderungen in Berlin gesprochen. Die Frage war: Wer und mit wem und wann? Auch ich hatte meinen ständigen sowjetischen Gesprächspartner in der Nähe von Gorbatschow. Mir wurde gesagt: „Wartet ab, laßt es nicht zu früh losgehen, denn Gorbatschow sitzt selbst nicht fest im Sattel, und solange er nicht fest im Sattel sitzt, kann etwas, was sich dort vorne bewegt, schlimme Auswirkungen haben.“

So wurden wir immer wieder gebremst. Wir hatten sogar selbst hier im Hause unsere Sklavensprache entwickelt. Wir trauten uns in diesem Hause nicht einmal, offen miteinander zu reden, trafen uns also außerhalb.

Die Frage war für uns alle: Wer? Ich habe jetzt das erstmal von Admiral Hoffmann gelesen, dem letzten Chef der NVA, daß es einmal scherzhafte Überlegungen bei der NVA gab, auf Berlin zu marschieren. Ich weiß, daß es

auch bei der Staatssicherheit Leute gab, zumindest bei den Dienststeinheiten, die nicht unmittelbar mit der Überwachung der eigenen Leute und der Bürger der DDR befaßt waren, die an Änderungen dachten. Auch sie hatten ihre sowjetischen Gesprächspartner.

Klar war – deswegen habe ich auch Sie in meinem Buch über die Ostpolitik am Rande ein bißchen kritisch erwähnt – immer, solange aus Moskau nicht das Signal kommt, daß die Panzer nicht fahren, würde die Entspannungspolitik fortgeführt. Auch ich habe Berichte gesehen, mit wem sich Herr Duve, Herr Weisskirchen usw. hier in welcher Kirche und welcher Akademie getroffen haben. Es passierte dadurch auch nichts. Klar war uns allen: Solange nicht deutlich ist, daß es einmal so etwas geben wird wie Schelesnowodsk, wird hier keiner seinen Kopf so weit hinaushängen, daß ihm etwas passieren kann. Denn es ist doch merkwürdig: Die Mauer wird eingerissen, aber die sowjetische Botschaft ist fast unbeleuchtet in dieser Nacht. Der Fall der Mauer war doch eine strategische Entscheidung, auf die die Welt 45 Jahre oder noch länger gewartet hat. Trotzdem geschah das irgendwie unsichtbar. Es hat vieles daran mitgewirkt, daß alles so friedlich verlaufen ist. Darüber sollte man in Zukunft vielleicht auch noch etwas gründlicher nachdenken.

Dr. Gerhard Schürer: Ich habe keine Ergänzung zu meiner Schilderung des Einflusses von der sowjetischen Seite, von Produktionsbefehlen angefangen bis zu Empfehlungen, und auch zu der Tatsache, daß die DDR weder ein Satellit noch ein selbständiger, souveräner, allein entscheidender Staat war. Es gab solche Einflüsse sowohl auf die Partei als auch auf den Staat, die einzelnen Ministerien, die gesellschaftlichen Organisationen – über jeden Kanal. Es war Tatsache, daß diese Betonauffassung – wie Sie sagten – sich weitergetragen hat bis 1989, ohne daß jemand ein Kommando gegeben hat: „Jetzt ist aber Schluß, jetzt machen wir es anders!“

Zunächst war Gorbatschow für viele von uns, nicht für alle, ein Hoffnungsträger. Als er an die Macht kam, haben wir gedacht: Jetzt werden wir es schaffen, eine Änderung in der politischen Linie herbeizuführen, die uns wieder Hoffnung geben kann.

Aber ökonomisch hat ja überhaupt keine Perestrojka stattgefunden, sondern eine Katastrophe nach der anderen. Das Land wurde schon unter Gorbatschow in die Katastrophe geführt. Die Erdölförderung betrug 625 Millionen Tonnen, und noch unter Gorbatschow ist sie um 100 Millionen Tonnen gesunken. Die Getreideproduktion, die entscheidend ist für die bessere Ernährung des Volkes, ist um 50 Millionen Tonnen gesunken usw. Ich könnte noch mehr nennen, aber ich will Sie nicht mit Zahlen belasten. Aber das hat uns natürlich nachdenklich gemacht.

Bei mir hat es einen Ruck gegeben, als er dann den sowjetischen Ministerpräsidenten Ryschkow, einen der am höchsten qualifizierten Ökonomen, die sie hatten, früher Leiter von Uralmasch, dieser 50.000 Menschen be-

schäftigenden Schwermaschinenwerke, die Schreitbagger und andere Dinge produzierten, diesen Ryschkow, der kurze Zeit in der Plankommission der UdSSR war, als erster Stellvertreter, der hochgebildet ist und ein sehr solider Wirtschaftspolitiker war, absetzte und ihn durch den versoffenen Pawlow als Ministerpräsidenten ersetzte, den ich übrigens auch kannte. Man bekommt einen Stich ins Herz, wenn man sieht, wie hier unfähige Leute an die Spitze eines Staates gestellt werden, der eine Perestrojka auf dem Gebiet der Ökonomie durchführen will.

Die jetzige Lage in der ehemaligen UdSSR, also in den Ländern der GUS, insbesondere auch in Rußland, ist durch noch weitere Niedergänge in der Wirtschaft gekennzeichnet, so daß man wirklich hofft, daß einmal einer kommt, der mit Perestrojka, von mir aus auch Marktwirtschaft – wenn sie große Ergebnisse bringt, sollen sie ruhig die Marktwirtschaft entwickeln – die Wirtschaft wieder nach oben bringt.

Denn der Zusammenbruch des Osthandels ist einer der entscheidenden Faktoren, daß eine Reihe Betriebe der ehemaligen DDR jetzt so ungeheuer ungünstig vermarktet werden. Das bewegt uns alle; denn im Moment ist es so, daß 20 Prozent der Menschen in den neuen Bundesländern wohnen, aber nur 6 % des Bruttosozialprodukts erbringen. Was von der BRD in die ehemalige DDR fließt, ist viel Geld, aber es sind keine Investitionen in moderne Technik. Deswegen wird hier der Ausweg sehr schwer werden.

Vorsitzender Rainer Epelmann: Herzlichen Dank. Die nächste ist Frau Dr. Wilms.

Abg. Frau Wilms (CDU/CSU): Herr Schabowski, ich kann mitvollziehen, wenn Sie sagen, daß Sie alle und Ihre Vorgänger im Politbüro und in den hohen Stellungen von der Ideologie überzeugt und eingefangen und von daher auch blind waren gegenüber den Realitäten, die sich abzeichneten. Was ich allerdings nicht verstehe – das würde ich Sie und auch gerne Herrn Schirdewan fragen aus der frühen Zeit –, ist, daß man so tief davon überzeugt sein kann, die kommunistische, die sozialistische Ideologie durchzusetzen, daß man dafür auch die Repression von Menschen in Kauf nimmt. Das ist für mich eine zentrale Frage. Herr Schirdewan, erlauben Sie, daß ich das auch Sie frage. Sie haben als altes Mitglied der Kommunistischen Partei jahrelang gelitten im Nationalsozialismus. Sie wußten also, was politische Repression ist, und trotzdem war gerade in den Anfangsjahren die politische Repression in der SBZ/DDR sehr stark, und dies war auch Ihnen allen bekannt. Hier ist für mich eine der großen Fragen, wie man so weit blind werden kann, insbesondere dann, wenn die DDR als Staat in den sechziger und siebziger Jahren die verschiedenen internationalen Menschenrechtskonventionen, UNO-Charta, KSZE-Schlußakte usw., anerkannt hat. Irgendwo mußte doch hier dann die Schizophrenie deutlich werden. Ich würde also gerne noch einmal von

Ihnen, Herr Schabowski, und vielleicht auch von Herrn Schirdewan für mich diese Diskrepanz erklärt haben.

Und eine kurze Frage an Herrn Schürer: Haben Sie nie darüber nachgedacht, daß vielleicht das sozialistische Planwirtschaftssystem als solches nicht funktioniert und mit kleinen Reparaturen nicht zum Erfolg zu bringen ist?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte noch einem zweiten die Möglichkeit geben, seine Frage zu stellen. Das wäre dann Herr Prof. Weber.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich wollte eigentlich die Frage an Herrn Schabowski stellen, ob nicht hinter dem, was er Fanatismus und Sendungsbewußtsein genannt hat, zu der Zeit längst etwas anderes stand, nämlich der Wille zur Machterhaltung, das Festklammern an der Macht, und alles andere Selbstbetrug gewesen ist. Aber ich stelle diese Frage nicht, weil ich ja nur eine Frage stellen soll. (Heiterkeit)

Ich wollte auch eine zweite Frage an Herrn Modrow stellen, in diese Richtung gehend, nur etwas erweitert damit: Wenn er sagt, man hat gesehen, daß da und dort etwas falsch ist (nenne ich es ruhig einmal „oppositionelles Denken“), war das dann hier das Sendungsbewußtsein, oder war es einfach das Einspannen in den Apparat, oder was war es sonst, das dazu geführt hat, daß man sich dann doch wieder angepaßt hat? Sie haben Ihre Sozialisation erzählt, das alles ist einsichtig. Sie haben dann aber versucht darzustellen, daß andere Mechanismen offenbar auch Sie tief getroffen haben.

In Wirklichkeit will ich aber nur eine einzige Frage stellen, nämlich die an Herrn Schürer, und das ist eine reine Informationsfrage. Ich erzähle als Hochschullehrer und Politikwissenschaftler manchmal meinen Studenten von dem berühmten Ausspruch: „Politik, wie der kleine Moritz sie sich vorstellt.“ Dazu sage ich immer: Erstaunlicherweise ist vieles in der Politik so, wie sich das der kleine Moritz vorstellt. (vereinzelt Beifall)

Ich bin natürlich bestärkt worden in dieser Vorstellung durch manches, was hier vorgetragen wurde. Das hätte ich mir, obwohl ich mich lange mit der DDR befaßt habe, auch nicht so gedacht.

Ich komme aber jetzt zu meiner Frage an Herrn Schürer.

(Heiterkeit) Herr Schürer, Sie haben dankenswerterweise auf etwas hingewiesen, was uns in der DDR-Forschung immer unklar war, nämlich: Welchen Status haben die Kandidaten im Politbüro? Da hat man immer gesagt – ich habe das angezweifelt –, die dürfen nicht mitstimmen. Sie haben mit Recht gesagt, es wurde kaum abgestimmt. Aber dahinter merke ich, es wurde doch wohl einige Male abgestimmt. Können Sie sich noch an eine solche Abstimmung erinnern? Worum ging es da?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Zunächst Herr Schabowski, der es sicher schafft, auch auf alle Fragen, die nicht gestellt worden sind, eine Antwort zu geben. Ich möchte ihn bitten, das aber nicht zu tun.

Günter Schabowski: Das ist die schwierigste Frage für jeden von uns. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich mich jetzt quasi zitiere. In einer der Sachen, die ich publiziert habe, habe ich gerade das auch in den Mittelpunkt gerückt. Das Schlimmste war eine Befragung, die zwei junge Journalisten aus der Bundesrepublik mit mir veranstaltet haben, die viel quälender verlief als die jetzigen Beratungen der Enquete-Kommission, nur war sie viel früher. Darauf habe ich geantwortet: Das ist für den einzelnen eigentlich das Schlimmste, daß er – ich sage es einmal so banal – aus Rechthaberei dazu beigetragen hat, daß anderen nicht nur Unrecht, sondern auch Leid zugefügt wurde. Denn es haben ja Leute gegessen und es sind auch Leute umgekommen. Das ist das Unverzeihlichste. Das war eigentlich auch das Kriterium.

Hier ist nicht die Zeit, darüber zu sprechen, wie man zu einer solchen veränderten Einstellung kommen kann oder – wie andere sagen – wie man seine Gesinnung verraten kann. Ich habe – neben solchen Befragungen – das Buch „Sonnenfinsternis“ von Koestler gelesen, als ich schon mitten in diesem Prozeß steckte, Anfang der neunziger Jahre. Dieses Buch würde ich jedem empfehlen, der so spitz reagiert auf den Begriff der Verblendung – streichen wir das „Ver“, nennen wir es „Blendung“ –, um daraus zu entnehmen, welches Volumen die Entartung haben kann, die wir nur noch in einer relativ kleinen oder lächerlichen Form mitgemacht haben nach Stalins Zeit. Aber in ihrem Wesen ist es dasselbe, diese Sicht der Welt in einer Antivivisektionsvorstellung: Der einzelne hat der Idee zu dienen; der einzelne ist der Quotient aus fünf Milliarden Erdbewohnern, ist keine Individualität, und zwar deswegen, weil wir die einzigen sind, die diese Verheißung interpretieren können, die genau wissen, wir haben darüber zu befinden, wie die Leute sich zu verhalten haben.

Im Grunde stellt sich also für mich die moralische Frage viel früher. Das sage ich nicht, weil ich etwa immer so gedacht hätte, sondern ich habe 1989, Honecker stürzend, noch immer gedacht, daß diese DDR zu erhalten ist.

Deswegen stellen sich für mich auch die Berliner Fragen überhaupt nicht so. Es gab einen gemeinsamen Beschluß der Partei, daß Berlin aufgebaut wird. Den haben alle mitgetragen. Die, die sich darum drückten, waren dann zwei Bezirke. Da ging ich hin und sagte: „Hört mal zu, ihr müßt doch hier noch Häuser bauen!“ Man kann doch nicht nachträglich eine Heldentat daraus machen, daß man es nicht gemacht hat. Das ist seinerzeit einfach eine Undiszipliniertheit gewesen; denn Herr Modrow war zu der Zeit noch ein disziplinierter SED-Genosse – trotz geheimer Kontakte mit der sowjetischen Botschaft, die intensiv waren. Dazu könnte man eine Menge sagen. Aber das nur nebenbei; ich will ja nicht mit gleicher Münze erwidern.

Also die moralische Frage ist das Schwierigste. Und wenn sich heute immer noch Leute auf dies und jenes berufen, dann sage ich dazu „Blendung“ und fordere dazu auf, zu überlegen, ob das real oder nicht real war. Proklamieren

kann jeder alles. Proklamieren kann ich den Gottesstaat, und trotzdem wird er nicht Realität. Wir haben es proklamiert und hatten nicht die Fähigkeit und nicht die geeigneten menschlichen Instrumente, um diese Proklamation durchzusetzen. Das ist der Punkt. Damit ist der Zwiespalt zwischen links und rechts nicht aufgehoben, damit ist auch das Problem Dritte Welt und wir nicht aufgehoben. Nur begreifen muß man es, und insofern sage ich noch einmal: Ich kann mich nur verneigen vor denen, die unserer Irrtümer wegen Schweres durchgemacht haben. Das ist das mindeste, was man machen muß. Vielleicht fällt es mir leichter, weil ich nicht irgendeinem konkret etwas Böses getan habe und weil ich mich in den letzten Jahren vielleicht in Berlin mancher Sache rühmen könnte, die hier passiert ist. Aber gefallener Schnee, lächerlich und kümmerlich wäre das, wenn ich es täte. Das andere ist das Generelle, und dazu muß man sich verhalten.

Karl Schirdewan: Ich möchte auf die Frage antworten. Billigen Sie mir nicht zu, daß ich einen Prozeß des Denkens und des Handelns durchgemacht habe? Das müssen Sie mir doch zubilligen! Ich bin doch aufgestanden, ich habe den Kampf geführt, und ich mußte alle Risiken auf mich nehmen. Auch mußte ich an meine Familie denken. Das alles müssen Sie mit in Betracht ziehen und mir nicht vorwerfen, ich wäre bei meiner Weltanschauung geblieben. Die Weltanschauung ist für mich unabhängig davon da. Die Weltanschauung, für den Sozialismus weiter zu arbeiten, solange ich lebe, bleibt. Aber natürlich habe ich nicht gewartet, bis eine Niederlage der Republik kam. Ich habe in einer Zeit sozusagen den Aufstand durchgeführt mit meinen Freunden, in der es äußerst schwierig war, so einen Schritt zu gehen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Schürer, wenn ich es richtig sehe, angefragt von Frau Wilms und Herrn Weber.

Dr. Gerhard Schürer: Frau Wilms, ich habe natürlich über die Effizienz der Planwirtschaft nachgedacht. Ich habe sie viele Jahrzehnte lang für ein gutes Wirtschaftssystem gehalten. Die Planwirtschaft ist verbunden mit dem gesellschaftlichen Eigentum. Das gesellschaftliche Eigentum, wo der Staat Eigentümer ist, verlangt eine gewisse Form der Planung, die bei uns sehr zentralisiert und bürokratisiert war. Am Anfang habe ich die Unterschiede zur Arbeitsproduktivität in der BRD nicht darauf zurückgeführt, daß unser Wirtschaftssystem ineffektiv ist, sondern darauf, daß wir andere, schlechtere Startbedingungen hatten: Demontage, Reparationen für das ganze Deutschland übrigens; wir haben keinen Marshallplan gehabt. Im Gegenteil, wir haben noch jahrelang Unterstützung an die UdSSR geben müssen. Ich habe das erkannt, und das ist mir sehr schwergefallen. Ich glaube sogar, daß es nicht allein mit der Ineffizienz der Planwirtschaft zusammenhängt, daß die sozialistischen Länder untergegangen sind. Denn es gab auch Länder wie Jugoslawien, die gar keine Planwirtschaft hatten und auch untergegangen sind, oder Länder wie

Ungarn, die eine sehr konsumorientierte und allgemeine Planwirtschaft gehabt haben.

Ich glaube, daß wir uns in der Analyse beschäftigen müssen mit der Rolle des gesellschaftlichen Eigentums, ob es wirklich auf der Basis eines gesellschaftlichen Eigentums eine effektivere Produktion geben kann. Ich glaube, daß der Appell an das Bewußtsein, die Neuererbewegung und all das vielleicht doch nicht die Effizienz hervorbringt wie der Konkurrenzkampf, wie der Unternehmergeist, das Eigentum. Bei Strafe ihres Untergangs müssen sie das Neueste und das Modernste mitmachen, müssen sie Arbeitszeit einsparen und alle möglichen Wege der Produktivität suchen, so daß ich glaube, daß dort die Ursachen des Untergangs aller Länder des sozialistischen Lagers liegen, nicht nur der DDR.

Ich habe noch die Frage zu beantworten von Herrn Weber über die Abstimmungen hier. Ich habe zwei Abstimmungen miterlebt. Das war einmal die Diskussion zu Konrad Naumann, die mit seiner Absetzung endete, und es wurde am Schluß abgestimmt. Die zweite Abstimmung war die bei der Entlassung von Honecker, Mittag und Herrmann, dort wurde auch zum Schluß abgestimmt, und die Beschlüsse wurden dort einstimmig gefaßt. (Zuruf: Im ZK?)

– Nein, im Politbüro. Nach dem ZK bin ich nicht gefragt worden, ich meine das Politbüro, danach haben Sie gefragt. Diese Abstimmung war also einstimmig, sogar mit den Stimmen von Honecker, Mittag und Herrmann. Auch wir als Kandidaten wurden aufgefordert mitzustimmen. Sonst habe ich keine Abstimmungen erlebt.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke. Die nächsten beiden, bitte. Zunächst Frau Prof. Wiesniewski, dann Herr Superintendent Passauer.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Wir haben jetzt mehrfach ziemlich emphatische Bekenntnisse zu dem Glauben an den Sozialismus gehört. Ich stelle die Frage an Herrn Schabowski: Ist es wirklich so, daß der Glaube an die Ideologie stärker war – oder sogar das Entscheidende war für das Handeln – als das Streben nach Machterhalt, also das Denken daran, daß die Macht für viele Menschen doch etwas sehr Schönes und auch Befriedigendes ist?

Sv. Martin-Michael Passauer: Ich wollte mich gern mit Herrn Schabowski anlegen. Aber das ziehe ich zurück, Herr Schabowski. Daß Sie die Berliner Situation gut kennen, meine ich, ist ein Realitätsverlust. Aber darüber müßten wir streiten. (**Günter Schabowski:** Gut kannte!) – „Kannte“ ist auch ein Realitätsverlust.

Meine Frage stelle ich an Herrn Uschner. Das Jahr 1987 war ein für manche DDR-Bürger bedeutendes Jahr: Honecker in Bonn und der Olof-Palme-Friedensmarsch durch die DDR mit sehr vielen unterschiedlichen Kräften und unterschiedlichen Positionen. Viele hatten den Eindruck, jetzt

geht es ein bißchen weiter bergauf. Und dann das andere Extrem: Überfall auf die Umweltbibliothek in der Zionskirche. Ist das eine Form praktischer Machtausübung gewesen? Daß man sagt, auf der einen Seite öffnen wir und lassen Menschen, weil es außenpolitisch notwendig ist, ein bißchen das Gefühl, wir sind jetzt gemeinsam auf dem Weg, und wenn es uns nicht mehr paßt, dann zeigen wir, wo eigentlich die Macht zu Hause ist.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Uschner, wollen Sie gleich antworten?

Dr. Manfred Uschner: Es war wirklich schizophran. Zum Beispiel die Idee zu dem Treffen über kernwaffenfreie Zonen kam 1987, das Ideologiepapier war 1987, ebenso der Olof-Palme-Marsch. Ich war damals in Bremen, war mit in der Altmark. Das war von einem von Axen und Feist, dem Honecker-Schwager, und anderen besetzten Gremium initiiert worden als wirkliches Zugehen auch auf kirchliche Gruppen im Sinne der Fortführung der Entspannungspolitik, die ja in den Gesprächen mit der SPD lief. Es war festgelegt worden – ich war bei dem Gespräch dabei –, daß zum Beispiel zu dem Treffen über kernwaffenfreie Zonen und zum Palme-Marsch das Ministerium für Staatssicherheit keinen Zugriff haben sollte. Das Gegenteil war der Fall. Der Generalmajor Kienberg war im Palast der Republik, mit einer Riesenmannschaft versehen, und hat uns selbst, auch die SED-Initiatoren, genauso wie Herrn Fink oder Herrn Romberg bespitzelt und massenweise Berichte über uns angefertigt. Das lief völlig verschieden. Die Weisung hierzu kann eigentlich nur vom Generalsekretär selbst gekommen sein. Axen – davon bin ich überzeugt – wußte davon nichts, denn er hatte einen maßlosen Wutanfall. Und uns hat es großen Schaden verursacht, denn manch einer hat mitbekommen, was dort lief. Daß jemand gesagt hat, den ich kannte, wir machen das eine als Tarnung, und das andere machen wir wirklich, war also bei uns nicht der Fall. Genauso gab es in der Deutschlandpolitik mindestens vier verschiedene Schienen. Es gab unsere Gespräche mit der SED, die mir heute manchmal so vorkommen, als wären sie ein bißchen Tarnschild gewesen für Dinge, die über die Schiene Mittag/Schalck zu Partnern am Rhein oder in München liefen, über die wir nichts erfuhren. Bei uns in der Gruppe wurden auch menschliche Probleme gelöst, ohne Rechtsanwalt Vogel, ohne daß ein Pfennig Geld floß. Es gab die normale diplomatische Schiene über die Ständigen Vertretungen. Wie man nun in den ersten Offenbarungen von Insidern des MfS, z. B. „Auftrag Irreführung“, nachlesen kann, gab es das Netz des MfS über alle Kontakte, die nach Bonn, München und anderswohin liefen und natürlich auch die Akteure zu Hause betrafen.

Das hat sich hier beim Palme-Marsch deutlich bemerkbar gemacht. Wir bekamen von überall her empörte Berichte, sowohl von Parteileuten, die mitgemacht haben, als auch indirekt von empörten Leuten in der Kirche, die den Palme-Marsch mitgemacht haben, daß sich die Staatssicherheit hier

zu verselbständigen begann, und nicht erst dann. Es kam auch vorhin von Herrn Ammer die Frage, welche Rolle die Stasi hier spielte. Daß sie den Vorwurf nicht unbeachtet ließ, war klar. Sie durfte uns nicht selber anwerben. Es gab aber über die Gruppe, die Herr Ammer genannt hat, eine spezielle Arbeitsgruppe beim Minister. Die Kadereinstellung, wer hier hereinkam und wer herauskam, entschied die Kaderabteilung dieses Hauses zusammen mit der Hauptabteilung Kader und Schulung des MfS. Die Abteilung Sicherheitsfragen unter Herger hier im Hause war ganz erschrocken, als ich mit meinem Laufzettel hier die Pistole abgab, die bis zum stellvertretenden Abteilungsleiter hier jeder Parteifunktionär in seinem Panzerschrank liegen hatte.

Hier liefen also zwei verschiedene Schienen, und ich hatte den Eindruck, daß nicht alle Mitglieder des Politbüros über diese Tätigkeit informiert waren.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Schabowski, ich bitte Sie, lassen Sie den Satz von Michael Passauer stehen und antworten Sie nur auf das, was Sie Frau Prof. Wisniewski gefragt hat.

Günter Schabowski: Ja, zu dieser ideologischen Selbststimulierung gehörte einwandfrei die Machterhaltung dazu. Herr Prof. Weber, Sie kennen die SED sehr gut, und Sie wissen, daß die Machterhaltung doch nicht ein Element war, das sich erst zum Denken von SED-Genossen gesellte, als die DDR kurz vor dem Ende war, sondern die Machtfrage war eine der elementaren ideologischen Abteilungen sozusagen, mit der ein Kommunist sich frühzeitig befassen mußte. Wenn er die nicht begriffen hatte, dann war er kein Kommunist. Da die Kommunisten ihre Sache also nur durchsetzen über Macht, in einem Machtinstinkt gewissermaßen, weil die Mehrheit ja gar nicht für sie ist, waren das Kriterien, die sich mit dieser Sendungssillusion verbanden: Man kann nur über Macht diese gute Sache realisieren, also so, daß wir zum Schluß überhaupt keine Gedanken darauf verwandt haben, daß wir positiv reagieren, weil wir die DDR retten wollen, die ja ein sozialistischer Staat ist, aber daß sich da etwas Negatives mit einschleicht. Wir waren überzeugt: Wenn wir die Macht nicht haben, kann die DDR keiner fortsetzen. Das war die Überlegung, so ist das gekoppelt gewesen. Das ist nicht ein zusätzliches, besonders berechnetes Element dabei gewesen. Wir taten es ja mit allen Risiken, die damit verbunden waren.

Also Machtverhältnis, Machtneurose, sage ich, gehört mit zu dieser Ideologie, also nicht auf die Macht verzichten zu dürfen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke. Bitte, Herr Dr. Kahl und dann Herr Dehnel.

Abg. Dr. Kahl (CDU/CSU): Eine Frage an Herrn Modrow: Herr Modrow, Sie waren von 1971 bis 1973 Leiter der Abteilung Agitation im ZK der SED und haben davor unter Werner Lamberz gearbeitet. Sicherlich ist das Gedankengut von Werner Lamberz in gewisser Weise auch auf Sie übergegangen. Können

Sie eine Aussage machen zu den näheren Umständen des Todes von Werner Lamberz?

Eine zweite Frage: Inwieweit hatten Sie in Ihrer Position als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden Möglichkeiten und Spielräume, Ihre Gedanken, die offensichtlich abwichen von denen der Zentrale in Berlin, auf Bezirksebene durchzusetzen?

Abg. Dehnel CDU/CSU: Angesichts der vergangenen Anhörung über die Opfer sind mein Herz und mein Kopf übervoll mit Fragen, aber ich will nur zwei stellen. Herr Dr. Schürer, ich habe mich gefreut über Ihr Bekenntnis. Wie stehen Sie zu der Zwangskollektivierung, die in den fünfziger Jahren vorgenommen worden ist, und auch zu der Zwangsenteignung gerade des Mittelstandes? Sie haben sicher gemerkt, daß in dieser Zeit das Versorgungsniveau der Bevölkerung deutlich zurückgegangen ist. Warum ist das nicht zurückgekurbelt worden?

Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Modrow, die aber schon beantwortet ist in dem Sinne, daß er gesagt hat, er sei anfangs nur für die Reform der DDR gewesen. Herr Modrow, ich habe Ihnen einen Brief geschrieben, und zwar schon im Oktober 1989. Darin habe ich die Wiedereinführung der Länder verlangt als Grundlage der deutschen Einheit. Das habe ich gleichzeitig auch an den CDU-Hauptvorstand geschrieben. Der CDU-Hauptvorstand hat sich das zum Programm gemacht, Sie wollten aber weiter die DDR halten. Sie haben es schon beantwortet, schönen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Zunächst Hans Modrow, zwei Fragen von Dr. Kahl.

Dr. Hans Modrow, MdB: Was den Tod von Werner Lamberz betrifft, gibt es viele Legenden. Man meint, daß es aus der DDR heraus irgendwen gegeben habe, der dort seine Hand mit im Spiel gehabt haben soll. Nach meiner Kenntnis ist es nicht so gewesen, sondern es ist in der Tat ein Unglück gewesen, das mit diesem Hubschrauber passierte. Untersuchungen der Kriminalpolizei wurden noch zu DDR-Zeiten dazu geführt. Ich bin dazu auch von der Polizei gehört worden. Es sind auch andere dazu gehört worden, wie Eberhard Heinrich, der ihn direkt begleitet hat. Niemand kommt zu einem solchen Ergebnis. Es war ein tragisches Unglück, das ihn und Paul Markowski sowie zwei Redakteure, die in ihrer Begleitung waren, getroffen hat. Sicherheitsbeamte sind nicht mitgewesen, und auch die anderen Teilnehmer der Delegation waren ausgeschlossen, weil es direkt in der Wüste zu einer Begegnung mit Ghaddafi in einem Zelt kam. Wenn, dann könnten es höchstens innere Probleme Libyens gewesen sein, die aber niemand von außen untersucht hat und die dann auch wieder eine Vermutung wären, für die es keine Beweise gibt.

Was die Frage von Spielräumen betrifft, ist es heute so: Jeder, der bei der Aufarbeitung der Geschichte sehr stark über die DDR herfällt, hat es leichter.

Wenn er das nicht so unmittelbar tut, wird ihm Nostalgie unterstellt. Ich will, weil Sie so direkt gefragt haben, von Spielräumen in zwei Ebenen sprechen. Den einen Spielraum habe ich stets darin gesehen, daß es Möglichkeiten gab, sich mit Männern wie Gerhard Schürer, auch anderen, in der Zentrale zu treffen, zusammensetzen und zu versuchen, komplizierte Probleme zu lösen. Ich weiß nicht, ob das typisch war, ob er es in gleicher Weise mit allen Bezirkssekretären gehandhabt hat. Aber ich habe immer den Eindruck gehabt, daß wir hier eine Form von konstruktiver Zusammenarbeit suchten, um komplizierteste Probleme, die immer Anspannungen im wirtschaftlichen Raum waren, gemeinsam anzugehen, z. B. sehr komplizierte Fragen in der Braunkohle. Es ging also immer darum, möglichst Schaden zu begrenzen, auch komplizierte Aufgaben zu lösen, die den Spielraum einschränkten, wenn ich z. B. an das Reinstsiliziumwerk denke, das bei Dresden gebaut werden sollte und auf große Proteste gestoßen ist. Erst durch eine Entscheidung in der zweiten Sitzung des Ministerrates der Modrow-Regierung wurde der Bau eingestellt.

Aber Spielräume habe ich gesehen und sie auch auszunutzen versucht, insbesondere auf dem Gebiet der Kultur und auch auf anderen Gebieten, z. B., daß das Dresdner Schauspiel noch 1990 oder 1991 in Bayern für einen zehnjährigen Spielplan eine hohe Anerkennung bekommen hat. Das hatte auch damit zu tun, daß es einen Spielraum gab, den wir zu nutzen versucht haben. Die Stücke Heiner Müllers und andere Stücke haben in Dresden größeren Raum eingenommen als an anderen Theatern. Solche Dinge gab es; solche Bemühungen habe ich auf verschiedenen Gebieten entwickelt.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dr. Schürer, bitte zur Frage von Herrn Dehnel.

Dr. Gerhard Schürer: Die Kollektivierung, die für manche, aber bei weitem nicht für alle mit Zwang verbunden war, hat im Ergebnis zunächst zu einem Rückgang der Produktion, dann zu einer bedeutenden Steigerung der Produktion und zu einer moderneren landwirtschaftlichen Produktion geführt. Wir haben vor der Kollektivierung 25 kg Fleischverbrauch pro Kopf gehabt und hatten in den letzten Jahren jährlich 90 kg Fleischverbrauch pro Kopf, alles aus eigenem Aufkommen. Durch die Kollektivierung hatten wir eine bedeutende Entwicklung der Landwirtschaft, so daß ich sie nicht als eine Niederlage empfunden habe, wobei ich alle bedaure, die damals im Zusammenhang mit Zwangsmaßnahmen unter uns gelitten haben.

Die Zwangsenteignung des Mittelstandes, wie Sie es nennen, ist Mitte 1972, 1973 vollendet worden mit einer Verstaatlichung der halbstaatlichen Betriebe. Das würde ich als eine unserer dümmsten Maßnahmen bezeichnen, denn diese halbstaatlichen Betriebe waren a) die Basis der Versorgung der Bevölkerung mit den „tausend kleinen Dingen“, und sie waren b) die Basis der Arbeit der Nationalen Front, nämlich der anderen Parteien. Vorher wurde sehr darauf

geachtet, das Handwerk und den Mittelstand nicht zu verstaatlichen, und es wurde dann doch gemacht, offensichtlich aus zwei Gründen: aus dem Grunde, weil Honecker eine „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ im Kopf hatte, wo nach den Lehren von Lenin aus dem kleinen Kapital immer wieder neu Kapitalismus entsteht. Er wollte eine sozialistisch reine Gesellschaft haben. Und bei Günter Mittag trafen die Interessen zusammen, weil man dann bei der Kombinatbildung auf die kleinen Betriebe zurückgegriffen und sie zum Kooperationspartner in diesen Kombinationsbetrieben gemacht hat, um Schwierigkeiten in der Spezialisierung der Produktion über diesen Weg auszugleichen.

(Abg. Dehnel (CDU/CSU: Ist denn darüber im Politbüro diskutiert worden?)

– Diese Vorlagen sind ins Politbüro gekommen. Sie sind auch mit Zustimmung der anderen Parteien vorgelegt worden, sie wurden mit diesen Parteien ausdiskutiert. Wenn ich mich recht erinnere, war keine große Diskussion dazu im Politbüro. Das wurde damals angenommen. Ich war zu dieser Zeit noch nicht im Politbüro; ich bin erst 1973 Kandidat geworden. Aber soviel ich weiß, ist das auch ohne große Diskussion angenommen worden.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Vorletztes Duo: Frau Michalk und Herr Hansen.

Abg. Frau Michalk (CDU/CSU): Ich halte mich an den Wunsch des Vorsitzenden und werde nur eine Frage stellen, und zwar an Herrn Modrow. Herr Modrow, Sie haben zu Beginn die Ereignisse im Oktober 1989 in Dresden geschildert und von der Notwendigkeit berichtet, für eine Viertelstunde den Bahnhof freizuhalten, unter Einsatz aller Mittel. Sie haben auch die Summe der materiellen Verluste genannt, die man vermieden hat. Das heißt, es sind nicht nur die zugeführt worden, die Steine geworfen haben, sondern jeder, der dazwischengekommen ist, wurde zugeführt, in unmögliche Räume gebracht, und meines Wissens sind sie alle in Schnellverfahren in den Kreisgerichten Bautzen und Niesky verurteilt worden, ohne daß man die Angehörigen informiert hat.

Meine Frage an Sie ist jetzt: Haben Sie unter dem Vorzeichen – wie Sie es zu Beginn sagten –, um größeren Schaden zu verhindern, dann wenigstens gefragt, was den vielen unschuldigen Menschen geschieht, die man da zugeführt hat? Was haben Sie getan, damit ihnen nicht dieses Unrecht geschieht? Und durch wen haben Sie sich über die Geschehnisse in den Räumen und bei den Gerichten informiert?

Daran anknüpfend eine Frage zu den Ereignissen auf der Prager Straße am 6. Oktober: Wer hat den Einsatzbefehl gegeben, noch einmal mit Gewalt vorzugehen, während einen Tag später Bischof Hempel und Sie in der Prager Straße zu Gesprächen zur Verfügung standen? Wer hat also den Einsatz

noch am 6. Oktober zu verantworten? Ich gehe davon aus, daß Sie als Bezirksparteichef auch der Einsatzleiter waren.

Abg. Hansen (F.D.P.): Wenn ich noch einmal auf unser Thema „Machthierarchie“ zurückkomme, staune ich bei verschiedenen Antworten, daß es vielfach gar nicht so als Hierarchie erklärt wird, sondern offensichtlich eher als Prozesse der Osmose innerhalb der Gremien, beispielsweise des Politbüros. Wenn Herr Schabowski nachvollziehbar davon spricht, daß es nicht nur Verblödete gegeben habe, sondern auch Verblendete oder daß Blendung stattgefunden habe, dann gibt es doch auch Blender, das heißt wohl, in politisches Deutsch übersetzt, Täter. Die Blender haben also bewußt geblendet, vielleicht aus Motiven des Machterhalts, vielleicht aus ganz niedrigen Motiven heraus.

Ich nehme einmal ein Beispiel, weil ich doch noch einmal den Versuch machen möchte, es konkret zu erfahren, weil ich diese blendende Veranstaltung, Herr Schabowski, immer noch vor Augen habe, am 9. November, Aktuelle Kamera, 19.30 Uhr, aus der Mohrenstraße: „Ach, mir wird da gerade ein Zettel rübergereicht, ich lese gerade, ab 24.00 Uhr gibt es Möglichkeiten.“ – Hier steht doch tatsächlich die Frage in einem solchen exemplarischen Fall: Wie ist hier das Durchsteigen, das Durchgeben von Informationen geschehen, in Form solcher wirklich gravierendsten Beschlüsse, die gefaßt und dann schließlich jemandem, der überrascht tat, der blendend auftrat, gegeben wurden zwecks propagandistischer Verbreitung gewissermaßen oder auch zur Herabstufung, Minimierung des Beschlusses vielleicht, mit welchen Motiven auch immer? Hier muß sich an einem solchen Beispiel nachkonstruieren lassen, wie es zum Beschluß und zur Veröffentlichung dieses Beschlusses durch Sie kam.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Schabowski, bitte, erklären Sie es.

Günter Schabowski: Da bin ich so unverfroren, zu sagen, meine Lesart habe ich schon ausführlich beschrieben. Andererseits wird mir immer diese Frage gestellt, wenn ich in irgendwelche Diskussionsgruppen gehe. Sie ist ja auch berechtigt. Die Umstände waren so merkwürdig, daß man alle möglichen Vermutungen daran knüpfen konnte. Ich will noch einmal in aller Form sagen: Es war nicht so, wie es sich bei vielen eingepreßt hat. Ich habe mir auch noch einmal die ganze Szenerie rekonstruiert, ich bin noch einmal dort gewesen, denn die zähe Legende, mir hätte jemand einen Zettel zugesteckt, trifft nicht zu. Ich muß nun doch ein paar Sätze darüber sagen, wie die Vorgeschichte der Sache war.

Diese alt-neue Führung, also ohne Honecker, war zustande gekommen durch den Druck der Straße. Die Leute, die gehandelt haben, haben wahrscheinlich nicht nur gehandelt, weil die Ökonomie mies war oder weil es ein bißchen Gemecker gab, sondern unter dem Druck der Straße, unter der Gefahr, daß die Sache zu einer blutigen Auseinandersetzung eskalieren könnte, war für die drei die Vorstellung: Der muß weg – so schnell wie möglich, obwohl unendlich viel Zeit vergangen war. Er hätte schon im September weg sein müssen. Aber

dann kam der 40. Jahrestag. Wir alle waren noch in solchen Konventionen befangen: Wir können doch nicht vor dem 40. Jahrestag den Generalsekretär abhalftern, es sind Ausländer eingeladen usw. Kurzum: Wir standen unter einem ungeheuren Druck, der signalisiert war durch die Demonstrationen und durch die Fluchtbewegung. Die erste Maßnahme dieses neuen ZK war ein Auftrag, nachzulesen im „Neuen Deutschland“ vom 18. Oktober 1989, an den Ministerpräsidenten Stoph, sofort eine Verordnung über den freien Reiseverkehr auszuarbeiten. Da hatten wir die Illusion, sie soll veröffentlicht werden, vier Wochen lang diskutiert werden, ganz demokratisch, und zu Weihnachten sollten die Leute dann reisen können.

Wir standen unter dem Zwang, und wir konnten als einzige wirklich intensiv verändernde Maßnahme nicht die Wirtschaft reformieren, nicht das politische System ändern mit freien Wahlen – das alles hätte Zeit erfordert –, aber ein anderes Gesetz war schnell zu machen. Dieses Gesetz wurde veröffentlicht als Entwurf; die Menschen nehmen es als Entwurf gar nicht zur Kenntnis, sondern nehmen es als das Gesetz, schauen hinein und finden Gummiparagraphen, die so formuliert sind: „Sofern keine Gründe dagegen sprechen, kann jeder reisen.“ Was heißt das? Es behält sich wieder irgendeine anonyme Institution, also die Burschen da oben, vor, zu entscheiden, ob jemand reisen kann oder nicht. Resultat oder Reaktion: Proteste, die ersten Streiks kündigen sich an. Stellen Sie sich vor, diese Hansels haben das alles verändert, wollen sich international empfehlen, und was sie ernten, ist ein Hieb in die Fresse, die Leute wollen mit denen nichts zu tun haben, sie fühlen sich schon wieder belogen. Daraufhin gab es ganz schnell eine nochmalige Order an den derzeit noch amtierenden Ministerpräsidenten Stoph.

(Abg. Hansen (F.D.P.): Von wem?)

– Vom Politbüro.

(Abg. Hansen (F.D.P.): Abgestimmt?)

– Ja. In diesem Politbüro waren zu dieser Zeit natürlich Leute, die alles das machten, was wir, die drei Mann, die Veränderer, sagten. Was spielte sich ab? Auf der Straße gab es Unruhe. Sie waren keine Risiken gewöhnt. Denen mußte man nur sagen: Es bleibt gar nichts anderes übrig, wir müssen so etwas machen. Stoph bekam den Auftrag, und der Entwurf dieser Verordnung wurde im Zentralkomitee vorgelegt, das zufällig oder vorsätzlich zwei Tage später tagte. Aber das wurde von Krenz benutzt, um das dort auch mit einem etwas zwiespältigen Gefühl mitzuteilen, weil wir ja Schritte taten, die von der Masse der Partei zu dieser Zeit gar nicht akzeptiert oder verstanden wurden. Er machte das also en passant, und die verstanden daraus nur die Hälfte. Ich war zu dem Zeitpunkt, als er das dort mitteilte, nicht in der Sitzung. Ich sprach mit den Journalisten draußen, weil es da bestimmte Dinge zu regeln gab. Wir wollten ja auch eine neue Optik schaffen. Ich kam zurück und sagte: „Ich muß jetzt rüber zu dem Briefing.“ Daraufhin gab er mir die Sache:

„Hier ist also der Ministerratsbeschluß, nimm ihn mit, das wird sozusagen der Knüller!“

Es war also das Papier, das ich nicht kannte, sondern wozu ich nur mit meiner Intention beige-steuert habe: Es muß Aus- und Einreise sein, denn wenn sie nur ausreisen können, hauen die Leute ab. Wenn sie wieder einreisen können, überlegen sie sich, ob sie das Risiko eingehen, alles stehen und liegen zu lassen. Das war sozusagen das Essential. Auf dem Wege zur Pressekonferenz habe ich im Auto das Papier überflogen und fand, wenn auch ver-klausuliert, es ist sozusagen das „Ding“.

Ihre Überlegung ist richtig. Ich war der Informator über die Tagung des Zentralkomitees. Für die SED war immer noch das Zentralkomitee das Wichtigste. Also informierte ich die internationale Presse über die personellen Entscheidungen und über das Aktionsprogramm, das wir gemacht hatten. Aber das hier war ja eine Sache, die uns durch den Protest der Leute abgenötigt worden war, die wiederum unsere Schwäche offenbarte: Wir faßten irgendwelche Beschlüsse, im nächsten Moment mußten wir sie schon wieder korrigieren. Außerdem war ich nicht der Regierungssprecher. Ich war der Informant über die ZK-Tagung. Wir wollten schon ein bißchen stärker abstufen zwischen Regierung und Partei. Aus beiden Überlegungen, nicht so sehr Schwäche zu demonstrieren und daß es eigentlich auch nicht meine Sache ist, habe ich die Geschichte an den Schluß gesetzt, auch um besondere Fragen abzuwehren, die darauf noch hätten kommen können. So ist die Sache von mir verlesen worden.

Die „Zettelarie“ oder diese Halluzination hat einen ganz simplen Hintergrund. Ich hatte mehrere Zettel, also meine Notizen von der ZK-Tagung. Sie müssen bedenken, es war das erste Briefing, also erstmals artikuliert sich die SED. Ich hatte kein Training in dieser Frage, sondern ich mußte da hinein. Ich hatte mir ein paar Notizen gemacht, und diese Sache lag unten drunter. Während meines Gesabbers dort habe ich mal einen Zettel vorgenommen und einen Zettel wieder beiseite gelegt usw. Dann kam dieser Punkt, und ich fing an, in meinen Zetteln zu suchen, wo das ist. Das ist ja nur anderthalb Blatt gewesen. Darauf kam jemand von meinen Mitarbeitern an meinen Tisch und zog mir hilfreich die Sache hervor, so daß der Eindruck entstand, ich hätte es aus der Tasche gezogen. Aber diese Variante kann nicht stimmen, weil ein Entscheidungsvorgang dem vorausgegangen war, der seine Gründe hatte: Wir konnten zunächst einmal nur einen Schritt tun, der unser Ansehen verbesserte, und daran war uns sehr gelegen. Also auch ein Stück Machterhalt, also endlich diesen Schritt wagen, und wenn wir ihn so gingen, könnten wir eventuell Glück haben, die Leute hauen nicht mehr einfach nur panikartig ab, sondern sie überlegen, und es tritt eine Beruhigung ein, die dann auch nach einigen Tagen eingetreten ist, bis sich dann eine neue Situation entwickelt hat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke schön. Zwei Fragen von Frau Michalk an Dr. Modrow, zwei Fragen zum gleichen Thema.

Dr. Hans Modrow, MdB: Wenn Sie es so verstanden haben, daß es an diesem Abend um Schaden ging, möchte ich präzisieren: Es ging um Menschenleben, das möchte ich mit aller Eindeutigkeit sagen. Das war ein Motiv an diesem Abend. Menschen waren im Prinzip in einer Situation, die wir verschuldet hatten mit unserer Politik. Die einen waren im Zug, und die anderen wollten in den Zug. Die Züge waren nicht in der Lage, noch Tausende aufzunehmen. Das war das Problem. Jeder, der heute darüber urteilt, soll sich selber in die Situation derer zurückversetzen, die damals mit dieser Lage konfrontiert waren. Nur dann wird man nach meiner Meinung auch zu sich selber und zu den Dingen ein Verhältnis finden können. So war die Lage, und um dieses Problem ging es, was diesen Abend angeht.

Ihre Frage ist berechtigt. Das zog sich dann hin bis zum 7. Oktober – hier ist das Verständnis von Macht natürlich eine Grundlage gewesen –, daß ungesetzliche Demonstrationen stattfanden. Man hatte keine Demonstration angemeldet, und damit war formal für die Polizei die Begründung: Wer keine Demonstration anmeldet, hat sozusagen auch kein Recht, auf der Straße zu sein. Dann kam an einem bestimmten Punkt die Forderung nach dem sogenannten Auflösen, und dieses Auflösen verband sich mit Gewalt.

Sie haben gezielt gefragt. Ich muß heute hier bekennen, ob man es mir abnimmt oder nicht, die Tiefe der Widerrechtlichkeit dieser Zuführungen ist mir aus der Lage, die dargestellt worden ist in politisch-operativen Beratungen, die wir in dieser Zeit machten, nicht präzise bewußt geworden, sondern erst durch eine Diskussion in jenen Tagen, die ich im „Schauspiel“ hatte. Dort wurde ich damit konfrontiert und darauf aufmerksam gemacht, daß es solche Dinge gibt. Dann habe ich den Staatsanwalt aufgefordert, daß er sich hier mit in seine Verantwortung zu bringen hat. Und in Dresden sind dann nach meiner Kenntnis die Entlassungen bis zum 11. und 12. Oktober erfolgt. Daß es in Einzelfällen auch Prozesse gab, sind Dinge, die aufgearbeitet worden sind, und man ist dafür auch zur Verantwortung gezogen worden. Meiner politischen Verantwortung, die ich für diese Zeit trage, kann ich mich nicht entziehen und entziehe ich mich auch nicht.

Das gemeinsame Bemühen mit der Kirche, das ja nicht erst dort einsetzte, das alles gewaltlos zu gestalten, hat in Dresden eine längere Geschichte. Darüber will ich heute nicht reden, das soll man sich dann im Konkreteren anschauen. Ich war sehr, sehr froh, als am 8. Oktober der Landesbischof und Superintendent Ziemer sich als Vermittler anboten. Es ist in Dresden erreicht worden, praktisch in der ersten Stadt der DDR, daß ab 8. Oktober keine Gewalt mehr eingesetzt wurde. Ich selber habe dann am 23. Oktober mit der „Gruppe der 20“ in der Stadtverordnetenversammlung auch in Dresden demonstriert.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Die beiden letzten Fragen, Herr Weißgerber und Herr Prof. Fischer.

Abg. Weißgerber (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Modrow – eine Sache, die mich schon lange interessiert –: Wann erhielten Sie erstmals genauere Kenntnis über den Umfang des Archipels GULag?

Eine andere Frage: Es war ja möglich, Aussiedlungen unzuverlässiger Personen aus dem Grenzgebiet anzuordnen. Wie stehen Sie persönlich dazu?

Und an Herrn Schabowski: Wenn es um Wahlen ging, ging es auch immer um die Fälschung von Wahlergebnissen. Wie erfuhren Bezirkssekretäre die Erwartungshaltung des Politbüros bezüglich der Wahlergebnisse?

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Zunächst eine Anmerkung zu Herrn Schabowski: Sie ist nicht polemisch gemeint, aber ich wollte doch daran erinnern, daß in diesem Hause wohl Arthur Koestler gekannt worden sein muß, in welcher Abteilung, weiß ich natürlich nicht. Aber das hat ja wohl nicht dazu geführt, daß etwa im Dietz Verlag eine Sonderausgabe erschienen wäre, sondern daß er nicht gelesen werden durfte.

Ich wollte des weiteren noch einmal das Problem der Information ansprechen – vielleicht ist Herr Uschner so freundlich, darauf zu antworten –, und zwar im Zusammenhang mit der polnischen Frage, die hier leider ein bißchen untergegangen ist. Denn, meine Damen und Herren, wenn wir uns einmal fragen, wo die Anfänge des Schlamassels liegen, über den wir hier diskutieren, dann würden die Publizistik und ein großer Teil der Öffentlichkeit auf Michail Sergejewitsch Gorbatschow zu sprechen kommen, während in der Forschung auf die entscheidende Rolle Polens zu Beginn der achtziger Jahre verwiesen würde. Hier interessiert mich, Herr Uschner, welche Informationen dieses Haus eigentlich über die Entwicklungen in Polen gehabt hat. Was ist hier an Informationen eingelaufen? Wer hat das analysiert? Wer hat es wohin „transportiert“? Wer von der Parteispitze hat über die Entwicklung in Polen, über die Solidarnosc etwa, genau Bescheid gewußt? Stimmt es, daß sich die SED bis zu diesen Ereignissen in Polen mit den anderen führenden Parteien in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ kaum beschäftigt hat? Stimmt es, daß erst ab Beginn der achtziger Jahre in der DDR eine eigene gegenwartsbezogene Osteuropaforschung aufgebaut worden ist?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Der allerallerletzte, Gert Weisskirchen, bitte.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Wir alle hier haben unterschiedliche Biographien, auch diejenigen, die in der Enquete-Kommission sind. Über Verantwortung ist heute viel geredet worden. Ich habe eine schlichte Frage und weiß auch nicht, ob Sie darauf antworten möchten. Ist Ihnen irgendwann einmal im Laufe der vielen Jahre, wo Sie Macht haben ausüben können,

der Gedanke gekommen, daß es eine Unhintergebarkeit des Rechts von Individuen gibt, und ob Sie nicht selber dieses Recht verletzt haben?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Die Frage des Kollegen Weisskirchen gibt mir die Möglichkeit, das noch einmal sachlich zu begründen, was ich sowieso tun wollte: jedem der Zeitzeugen zum Schluß dieser Runde, egal, ob er in dieser Runde gefragt wurde oder nicht, noch einmal Gelegenheit zu geben, sich kurz zu äußern. Drei sind noch einmal namentlich mit Blick auf Fragen genannt worden, Herr Modrow, Herr Schabowski und Herr Uschner.

Dr. Hans Modrow, MdB: Zunächst Ihre Frage zu genauen Kenntnissen über GULag. Ich würde sagen: Wer hat heute genaue Kenntnisse? Kenntnisse – ja, aber wer möchte von sich sagen, daß er genaue Kenntnisse darüber hat? Es gab über diese Dinge innerhalb der SED keine Informationen, sondern es gab das Buch, und das war nicht gerade ein legaler Besitz, sondern dazu brauchte man jemanden, der einem half, das Buch von Solshenizyn zu bekommen, um sich darüber zu informieren, das nachzulesen. Dazu brauchte man jemanden z. B. bei der DKP in der Bundesrepublik, der einem das beschafft hat. Einen anderen Weg gab es nicht. Es gab dann einen sowjetischen Film, „Kalina Krassnaja“, Darstellungen, die zeigten, daß man sich in der Sowjetunion mit diesen Problemen auseinanderzusetzen begann, und damit gab es dann auch Kenntnisse in dieser Frage. (Zuruf: Sie sagen, Sie haben das Buch gehabt! Wann war das?) – Das war etwa Anfang bis Mitte der achtziger Jahre, ab diesem Zeitraum.

Was die Ausweisung aus dem Grenzgebiet betrifft, so ist das ein Vorgang, der innerhalb der DDR nach meiner Kenntnis so abgewickelt worden ist, daß wir über die Grenze der betroffenen Bezirke hinaus nur dann Informationen bekamen, wenn in anderen Gemeinden oder anderen Teilen der DDR Ausgesiedelte untergebracht werden sollten. Ich bin zu diesem Zeitpunkt im Jugendverband tätig gewesen und habe erst mit der Wendezeit die Tiefe dieses Problems wirklich erkannt und mich dann auch damit auseinanderzusetzen gehabt.

Günter Schabowski: Zur Frage, welche Vorgaben wir zur Wahl bekommen haben. Ich kann nur für 1989 sprechen. Wir haben keine Vorgaben zur Wahl bekommen. Im Gegenteil, es hat eine Beratung im Zentralkomitee gegeben, bei dem verantwortlichen Sekretär für Organisation, der bei solchen Anlässen eine Mitkompetenz trug, dazu bestimmte staatliche Leiter, die dafür vorgesehen waren, Wahlleiter. Zu einer solchen Beratung ist mein Stellvertreter gegangen, wir hatten uns vorher verständigt. Ich hatte ihn gebeten, daß er mitteilt, daß in diesem Jahr auf keinen Fall mit einem Wahlergebnis wie bei der vorigen Wahl zu rechnen ist. Das war das Ergebnis von Informationen, die wir bekommen haben. Jetzt werden Sie fragen: Was für Informationen? Wir bekamen Informationen über Äußerungen von Menschen, die sagten: „Bei mir ist Sense, ich gehe nicht zur Wahl.“ Oder: „Wenn die und die Bedingung

nicht erfüllt wird, wähle ich nicht.“ Diese Stimmen hatten ein erhebliches Ausmaß, so daß für alle Fachleute sicher war, also für die, die seit Jahr und Tag diese Wahl betreut haben, so geht es nicht. Das hat der Org-Sekretär zur Kenntnis genommen. Mein Stellvertreter ist von dort zurückgekommen mit der Gewißheit: Es wird keine außergewöhnlichen Maßnahmen oder Anforderungen geben, die zu irgendwelchen Schwierigkeiten führen werden. In diesem Sinne aber habe ich eine Beratung mit den Berliner Kreissekretären und mit den Berliner Bürgermeistern gemacht und davor gewarnt, sich auf irgendwelche Manipulationen einzulassen.

Dazu muß ich folgendes sagen: Ich hatte die Vorstellung, daß die Manipulationen bei Wahlen, wovon man immer gehört hatte, bei der Auszählung stattfinden. Es gab zwei Seiten der Manipulation. Die eine war die Indoktrination der Leute, die Angstmache, die Tatsache, daß man in ein Wahllokal kam und dort gar keine Wahlkabine vorfand. Wenn Sie dort hineingehen und in irgendeine Ecke gehen wollen, ist es völlig klar, daß Sie jemand sind, der etwas gegen „die“ hat. Diese Methoden reichten unter normalen Umständen aus, daß die Masse der Bevölkerung solche Ergebnisse lieferte. Sie zog sich auf eine solche Position zurück: Wenn die es so haben wollen, können sie es kriegen. Die Leute haben sozusagen damit den formalen Charakter akzeptiert und haben ihn aufgehoben.

Eine zweite Sache ist, daß außerdem Wahlfälschungen stattfanden, völlig irrsinnig, muß man sagen, weil die Ergebnisse ohnedies so hoch waren, daß das eigentlich keine Rolle mehr spielte. Aber im Laufe vieler Jahre bedeuteten eben Zehntel von Prozenten, verglichen mit dem Vorjahr, daß soundsoviel, 50.000 oder 100.000, sich zurückgehalten haben.

Die andere Seite hatte sich daran gewöhnt, solche Interpretationen zu machen: Trotz allen Schmuhs der SED offenbart selbst dieses Ergebnis, daß da etwas nicht in Ordnung ist. So entspann sich eine Art Wettkampf darum, auf gar keinen Fall unter den Prozenten vom letztenmal zu liegen. In dem kritischen Jahr 1989 mit vielen Ereignissen, die das alles sowieso fragwürdig erscheinen ließen, war eine Orientierung in dieser Richtung von mir gegeben worden, ich muß das sagen. Und die Ergebnisse waren dann zum Schluß doch wieder so. Die Opposition paßte auf, was in den Wahllokalen ausgezählt wurde. Es ging nicht darum, ob ein Kandidat als durchgestrichen oder nicht durchgestrichen galt, nein, es wurde gezählt. Und dann vollzog sich auf einer anderen Etage, nämlich in der Bürgermeisterei, ein Gespräch. Dabei sagten dann die verantwortlichen Auszähler, wie der Stand war. Ich will hier niemanden beschuldigen, weil ich das selbst als eine Schmach empfinde, weil ich weiß, daß die Bürgermeister keine Betrüger waren, sondern sie waren auch in dieses System eingespannt. Dann sagte man: „Es ist nicht so, wie es aussieht.“ So ist es mir anschließend berichtet worden sowohl von der Kriminalpolizei, bei der ich verhört worden bin als „oberster Wahlfälscher in Berlin“, was nicht

verifiziert werden konnte, als auch von Mitgliedern – zu meinem tiefsten menschlichen Bedauern, weil ich diese Menschen kenne und weiß, daß sie dadurch in eine unsägliche Situation geraten sind, bis hin zu gerichtlicher Verurteilung. Denn das Prinzip, das bei jeder Wahl obwaltete, war stärker und führte in der konkreten Situation wieder dazu. Ich bin nachträglich verdächtigt worden, ich hätte nach Wahlschluß 0,25 % mehr verlangt für irgendeinen Bezirk. Das hat der Bürgermeister behauptet. Es ist nicht zutreffend, er konnte das auch nicht verifizieren. Aber das zeigt eben, wie weit solche Formalien getrieben wurden. Das war neben der Flucht eine der Ursachen dafür, daß die Menschen massenhaft auf die Straße gingen.

Wir hatten seither in Berlin, ohne daß jemand eingriff oder eingreifen konnte, am 7. eines jeden folgenden Monats Demonstrationen, wo die Menschen den Wahlbetrug hinausschrien und die SED-Bezirksleitung hinter zugezogenen Gardinen zusah, wie die Menschen dort entlangzogen.

Das war einer der Punkte, die bei mir zu den viel zu späten und zu langsamen Überlegungen geführt haben: So kann man es nicht mehr machen. Es ist eine Schande. Nicht nur ich war darüber erschüttert, sondern wir haben am nächsten Tag im Politbüro zusammengesessen, ich glaube, mit Gerhard Schürer, mit Jarowsky, und haben gesagt: Das ist wieder genauso gelaufen, wie es nicht hätte laufen dürfen. Ich kann es nur so erklären, so erbärmlich sich das anhört.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich habe mich bisher vornehm zurückgehalten. An dieser Stelle möchte ich doch gern etwas sagen, Herr Schaboswki. Daß diese Menschen Betrüger gewesen sind, meine ich allerdings, zumindest in diesem Fall. Das ist nicht nur Betrug gewesen, sondern diese Menschen sind in der Situation auch Betrüger gewesen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, so mußten Sie das annehmen, nicht das erstmal in Ihrem Leben, sondern bei einer ganzen Reihe von Wahlen vorher auch schon. Ich stelle an dieser Stelle noch einmal dieselbe Frage, die Herr Weisskirchen gestellt hat. Mir wäre es wichtig, wenn Sie einer von denjenigen wären, die diese Frage beantworten würden. Was für ein Menschenbild müssen Sie gehabt haben, was für eine Vorstellung von Regierung und Regierten?

Der nächste, der antworten soll, ist Herr Dr. Uschner.

Dr. Manfred Uschner: Zu den Wahlen: In allen Wahllokalen, in denen ich war, standen Wahlkabinen versteckt in der Ecke. Aber im Nebenzimmer – das wußte man – saß derjenige, der die Liste doppelt führte und den Arbeitsstellen berichtete, daß man in der Kabine war.

Zweitens, zur Ergänzung: Im Dezember 1988 war ich noch einmal mit einem der Mitarbeiter Gorbatschows zusammen auf der Straße vor dem ZK der KPdSU in Moskau und sagte: „Sorgt dafür, daß das nächstmal alle durch die Kabinen gehen, und wenn es 63 Prozent sind, sind das die ersten Wahlen, und die Welt sagt, es sind immerhin 63 Prozent.“

Die Antwort war, wie es Gerhard Schürer erlebt hat in der Ökonomie – das war für mich ein Hieb –: „Das werdet ihr schon wieder irgendwie hinkriegen.“ – Ich sage das nur am Rande.

Zu Polen: Es gab erstaunlicherweise mehrere Informationen, weil Polen wirklich an die Nieren ging: Nach 1968 CSSR nun Polen im Hinterland und damit die Verbindungslinien, die wichtigen Transportlinien, die Erdöl-Pipeline, die Eisenbahn usw. unterbrochen. Es gab eine sehr dicke Information, die ausgearbeitet wurde von der Abteilung Internationale Verbindungen unter Leitung von Günther Sieber. Ich weiß nicht, ob er damals Abteilungsleiter oder Botschafter in Warschau war. Auf jeden Fall wurden die Erkenntnisse der Botschaft mit herangezogen. Dieses Material wurde an alle Mitarbeiter hier im Hause verteilt. Ganz erstaunlich, das gab es bloß zweimal: einmal bei der CSSR und einmal bei Polen. Das Material enthielt auch Aussagen von Kuron und Walesa. Die Solidarnosc wurde als konterrevolutionäre, vom Westen gesteuerte Kraft dargestellt, die die Existenz der DDR indirekt bedrohe. Irgendwelche militärischen Schlußfolgerungen waren nicht darin enthalten, sondern es war der Satz darin: „Der Sozialismus insgesamt in Europa wird bedroht.“

Daneben gab es über das hier im Hause sehr mächtige Büro des Politbüros einen Verteilerschlüssel mit verschiedensten Geheimhaltungsstufen: Vertrauliche Dienstsache, Vertrauliche Verschlusssache; zum Schluß wurde noch eine alte Nazi-Bezeichnung wieder eingeführt: GKS = Geheime Kommandosache. Es gab Informationen, die nur die Politbüromitglieder bekamen. Da kam es darauf an, wie man zueinander stand und ob man zur Sekretärin einmal hereinschauen konnte. Dann gab es Informationen, die die Abteilungsleiter bekamen oder bis zum stellvertretenden Abteilungsleiter hinunter und in die Fachabteilungen hinein. Das waren meistens drei, vier Seiten, gestützt auf Informationszusammenstellungen aus Presse und Botschaft. Daneben gab es offensichtlich größere Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit, das gegen Kania gearbeitet hat und die Solidarnosc mit zu unterwandern versuchte. Dazu sind in den letzten Wochen und Monaten einige Dokumente aufgetaucht, vor allem auf polnischer Seite, die noch auszuwerten sind.

Ich erinnere mich nur noch, daß eine ganz eilige, kurze Meldung kam: Als Helmut Schmidt hier war und durch die Geisterstadt Güstrow gefahren wurde, teilte der Generalsekretär anschließend seinen Kollegen im Politbüro mit, daß er – sinngemäß – erleichtert war, Helmut Schmidt mitteilen zu können, daß es nach seinen Informationen zu keinem Bürgerkrieg oder zu einer Okkupation in Polen kommen wird, daß Jaruzelski aber vorbeugend den Kriegszustand ausgerufen hat.

Mit der Frage, die hier gestellt wird, wird sich jeder befassen, der es ernst meint, und jeder ist unterschiedlich weit. Ich habe, als Stalin starb, gelautet, er sei eine Art Gott. Ich stand mit einem FDJ-Hemd und einem Luftgewehr

davor. Als ich 1956 – nur in Auszügen – hörte, was Chruschtschow über Stalins Verbrechen losließ, habe nicht nur ich geweint, sondern alle, die aus der Versammlung herausgingen, haben bitterlich geweint. Das war ein Schock, den wir nicht wieder loswurden.

Nachdenklich wurden wir auch, daß es die SED verstand, schon 1957 sozusagen die Kehrtwendung zu kriegen, unter dem Motto „Keine Fehlerdiskussion, und das alles gilt nicht für uns.“ Das hat uns sehr betroffen gemacht. Ich hörte vor allem dreimal Philosophie: vor dem XX. Parteitag, während des XX. Parteitages und danach, immer von denselben Lehrern, also des Marxismus-Leninismus, und jedesmal in einer anderen Interpretation. Das hat erst einmal die Glaubwürdigkeit erschüttert, aber noch nicht das Gefühl: Der Sozialismus ist besser als der Kapitalismus, weil er bei der Geburt dem Menschen gleiche Chancen gibt, wenn er etwas leistet, und nicht der Besitz das Entscheidende ist.

Es gab die Erschütterung mit dem Mauerbau, der natürlich eine Niederlage war. Ich war damals junger Diplomat in Budapest. Ich konnte meinen ungarischen Gesprächspartnern gar nicht in die Augen sehen. Trotzdem hatten wir leise die Hoffnung, im Schutze dieser Mauer – wie es etwa Lamberz gesagt hat – Dinge in Ordnung zu bringen in Richtung Demokratie und die Mauer wieder zu beseitigen. 1968 war ein schwerer Schock. Eine Woche später mußte ich in diesem Hause anfangen, und ich habe viele wirklich tief erschüttert gesehen, auch die, die in diesem Haus gearbeitet haben.

Den „Archipel GULag“ konnten wir lesen; wir waren ja privilegiert. Wir hatten Zugang zum „Spiegel“, zum „Stern“ und zu westlichen Tageszeitungen. Über das Westfernsehen hinaus konnte man dort hineinschauen. Was bei Solshenizyn stand, war so unvorstellbar, daß ich es nicht geglaubt habe.

Noch viel schlimmer oder für mich besonders beschämend ist: Mein Vater wurde 1953 als Kandidat aus dem ZK entfernt. Ich war gerade zum Wochenendurlaub zu Hause von der Internatsoberschule. Er wurde ohne Verhandlung aus der Partei ausgeschlossen und aus der Volkskammer gestrichen, ohne daß jemand mit ihm ein Wort gesprochen hatte, weil er angeblich zu Slansky und Noel Field Verbindungen und die Frage gestellt hatte, ob Marschall Tito ein Verräter ist. Ich habe damals geeifert, als er gesagt hat: „Es gibt noch viel schlimmere Dinge, es gibt Leute, die in Lager geschickt werden, Sozialdemokraten, die nach dem Krieg im Lager waren; es gibt die Versendung in den Uran-Erzbergbau.“ Da habe ich als eifernder FDJler mit meinem Vater gestritten. Er ist 1956 rehabilitiert worden, er ist dann bald gestorben. Er hat mir aber eines mit auf den Weg gegeben, als ich nicht in die SED eintreten wollte, obwohl ich schon fünf Bürgen hatte, die man damals brauchte; man durfte dann mit sechzehn in die Partei: „Unterscheide zwischen einzelnen kommunistischen Funktionären und Praktiken und der Idee!“ Und er war immer noch der Überzeugung – es waren bis zuletzt mehr Menschen in

der SED, die aus sozialdemokratischen Familien kamen, die Schätzungen liegen zwischen 53 und 55 Prozent –: Es wird einmal möglich sein, unser Gedankengut wieder stärker einzubringen.

Das alles ist mir bewußt geworden, als ich das erstmal Menschen kennenlernte wie Egon Bahr und auch das Umfeld eures Tuns, eure Art, Politik zu praktizieren, auch die Lebensweise, alles, was flüchtig aus dem Fernsehen bekannt war. Als ich das erstmal sah, wie man miteinander umging und stritt, hat mir das Fragen, die ganz tief drin waren, bewußt gemacht, wie für viele andere dann auch aus unserer Gruppe. Inzwischen gibt es eine ganze Menge, wo ich sagen muß: Du hättest aufhören sollen, du hättest dann eben arbeitslos werden sollen oder was mir siebenmal angedroht wurde, so, als ich 1973 kündigte: „Du gehst in die Braunkohle, verlierst alle deine Diplome, und dann wirst du sehen, wo du bleibst.“ Das war hier die gängige Redensart. Auch mit Kaderleuten selbst wurde so gesprochen: „Wenn du hier rausfliegst, gehst du in die Braunkohle und kommst nie wieder hoch.“ Davor bin ich zurückgeschreckt, und das ist meine Feigheit.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir haben eine ganze Reihe von Stunden zugehört, wir haben Fragen gestellt, wir haben Antworten bekommen, die nicht immer alle überzeugt haben. Ich bin ganz sicher, es sind Fragen offen geblieben und neue Fragen dazugekommen. Das wird, glaube ich, auch noch eine ganze Weile so andauern. Das gehört wahrscheinlich zum Prozeß der Aufarbeitung unserer Geschichte mit dazu.

Eine letzte Frage an Sie: Gibt es unter Ihnen noch jemanden, der wie Herr Dr. Uschner auf die Frage von Gert Weisskirchen reagieren möchte? Ansonsten, habe ich den Eindruck, ist die Befragung zu Ende.

Günter Schabowski: Wenn die Aufforderung ohne Reaktion bleibt, würde ich glauben, gibt das kein zutreffendes Bild. Erstens habe ich beispielsweise in meiner Antwort auf die Frage von Frau Wilms eine entsprechende Auffassung hier schon kundgetan.

Zum zweiten: Es steht mir nicht zu, Zweifel an dem zu äußern, was einzelne hier gesagt haben. Ich habe einmal mit Herrn Thierse über die Frage der öffentlichen Auseinandersetzung über diese Dinge gesprochen. Ich glaube und würde das auch nach dieser Befragung heute überall vertreten, daß man alle ermutigen sollte, die etwas dazu zu sagen haben, daß sie die Courage haben sollten, hier herzukommen oder sich dafür zur Verfügung zu stellen. Darin sehe ich mich bestärkt nach dem Ablauf dieser Dinge, ohne daß hier am Schluß so etwas wie ein Konsens entstanden sein muß. Aber ich glaube, es ist ein Prozeß des Heranarbeitens, und ich fand es gut, daß das in dieser Weise möglich war.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke. Wir sind mit diesem Thema noch nicht fertig. Ich hoffe, daß es wenigstens den einen oder die andere unter Ihnen gibt, die morgen, auch wenn die Namen der Zeitzeugen nicht ganz

so bekannt und allgemein verbreitet sind, wieder hierherfinden. Wir treffen uns morgen noch einmal um 9.00 Uhr hier, haben dann die Möglichkeit, bis 16.00 Uhr miteinander zu reden, ebenfalls mit Mitgliedern der SED, die auf anderen Ebenen ihre Erfahrungen mit den Machtstrukturen innerhalb der SED gemacht haben, z. B. mit einem Generaldirektor im Schiffbau in Rostock, einem Abteilungsleiter aus einem Volkseigenen Gut, einem Sekretär einer Bezirksleitung und einem Oberbürgermeister einer relativ großen Stadt in der DDR.

Ende der Sitzung 21.27 Uhr